

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Über Sozialdemokratie,
Europa und Utopien
Michael Amon

Das Ende
einer Ära
Thomas Nowotny

Antimuslimischer Rassismus
als soziales Verhältnis
Fanny Müller-Uri

Handel ist der Lebenssaft
einer freien Gesellschaft
Stefan Brocza

GARRY WINOGRAND
WOMEN ARE BEAUTIFUL
WESTLICHT



EDITORIAL

In der Steuerdebatte hat ein entfesselter Michael Spindelegger die Weichen auf Konfrontation gestellt: Mit seinen Aussagen zu Vermögenssteuern und seiner gleichzeitigen neuerlichen Hysterie um angebliche Budgetlöcher hat er zwei mögliche Finanzierungswege für eine Lohnsteuerreform ausgeschlossen. Um diese wird er aber nur schwer herumkommen. Nicht nur der Druck der Gewerkschaften wächst, selbst in der övp-nahen Klientel wächst das Unverständnis dafür, die Steuerprivilegien von Konzernen und Reichen zu verteidigen und durch Einnahmen aus der Lohn- und Einkommenssteuer zu kompensieren. Aber auch aus sozialdemokratischer Sicht werden Spielräume für Zugeständnisse enger: Bei aller Notwendigkeit einer Tarifreform und der Absenkung der Eingangsteuersätze, muss sie auch jene entlasten, die aufgrund ihrer geringen Einkommen über Umsatzsteuer und Abgaben wesentlich zu den öffentlichen Haushalten beitragen, von einer reinen Lohnsteuersenkung aber nicht profitieren würden. Das insgesamt erforderliche Entlastungsausmaß macht eine substantielle Gegenfinanzierung im Bereich der Unternehmens- und Vermögenssteuern unverzichtbar, wenn man Spindeleggers Sparfantasien bei Pensionen und öffentlichen Diensten nicht freien Lauf lassen will.

Das darin gelegene Konfliktpotenzial macht es auch zukünftig notwendig, weiter darüber nachzudenken, worüber Herbert Hönigsberger in ZUKUNFT 06/2014 erste Gedanken angestellt hat: mögliche Alternativen zur Großen Koalition.

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns aber zunächst mit einer Nachschau auf die EU-Wahlen 2014:

Sandra Breiteneder untersucht die Resultate und die politische Einordnung der diesjährigen Pralamentswahlen

Michael Amon stellt ausgehend von den Ergebnissen Überlegungen an, welche politischen Ableitungen daraus gefolgert werden können.

Thomas Nowotny charakterisiert in seinem Beitrag den Ukraine-Konflikt als Ende einer Ära und skizziert einen lang anhaltenden Konflikt der EU mit Russland. Obwohl er die

Austragung dieses politischen Konflikts für notwendig erachtet, wendet er sich strikt gegen eine Militarisierung des Konflikts durch die EU.

Fanny Müller-Uri beschäftigt sich mit antimuslimischem Rassismus und geht der Frage nach, warum dieser auch als gesellschaftliches Verhältnis zu betrachten ist

Ludwig Dvořák kontextualisiert die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zum französischen Burkaverbot und zeigt, warum Frankreichs früherer Präsident Sarkozy keineswegs die Rechte von Frauen, sondern die Übernahme rechter Positionen im Sinne hatte und warum diese Strategie trotz des EGMR-Urteils politisch gescheitert ist.

Otto Farny erwidert in seinem Beitrag zu Vermögenssteuern auf den Beitrag von Caspar Einem und Sylvia Krieger-Einem in ZUKUNFT 05/2014.

Stefan Brocza bespricht ein neues Buch, das die Verhandlungen von Bretton Woods minutiös nachzeichnet.

Und Fritz Keller macht auf eine Biographie aufmerksam, die auch die Vergangenheit der Zeitschrift ZUKUNFT berührt.

Nach den Buchtipps rundet Markus Marterbauer das Heft ab.

Die Redaktion der ZUKUNFT wünscht einen erholsamen Sommer und viel Freude beim Lesen und Schauen!

Inhalt



Garry Winogrand

Ohne Titel, vor 1975

© Garry Winogrand, courtesy of Lola Garrido Collection

6 Europa nach den Wahlen

VON SANDRA BREITENEDER

14 Über Sozialdemokratie, Europa und Utopien

VON MICHAEL AMON

18 Das Ende einer Ära

VON THOMAS NOWOTNY

26 Antimuslimischer Rassismus als soziales Verhältnis

VON FANNY MÜLLER-URI

32 Die künstliche Identitätsdebatte

VON LUDWIG DVOŘAK

36 Vermögenssteuern: Gerecht und ökonomisch notwendig

VON OTTO FARNY

40 Handel ist der Lebenssaft einer freien Gesellschaft

VON STEFAN BROČZA

46 In die Vergangenheit der »Zukunft«

VON FRITZ KELLER

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Pikettys Auftrag an die Sozialdemokratie

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Europa nach den Wahlen

Die Europawahl ist geschlagen – das Ziel der europäischen Sozialdemokratie, den ersten Platz zu erreichen, konnte nicht erfüllt werden. Sandra Breiteneder fasst die Veränderung der Machtverhältnisse im Europäischen Parlament zusammen.

Nach sechs Jahren tiefgreifender Finanz- und Wirtschaftskrise stellte die Europawahl 2014 eine Chance für eine Richtungswahl dar. Durch die Nominierung von europaweiten SpitzenkandidInnen von Seiten der Mehrheit der europäischen Parteienfamilien (EPP, S&D, ALDE, Grüne, GUE/NGL) wurde erstmals ein tatsächlich europäisierter Wahlkampf geführt. Allerdings war die Fokussierung auf einzelne KandidatInnen noch kein Garant dafür, die tatsächlichen inhaltlichen Gegensätze herauszuarbeiten. Auch nach der Wahl bleibt vieles offen und zentrale Wegentscheidungen stehen noch aus. Was bleibt ist, dass – nach einem Machtkampf der Regierungschefs im Europäischen Rat – nun doch der Kandidat der stimmstärksten Fraktion im Europäischen Parlament, Jean-Claude Juncker, dem Parlament als Kommissionspräsident vorgeschlagen wird. Gerade die Personaldiskussionen nach den Wahlen zeigen, dass die nationalen Regierungen sich nach wie vor dagegen sträuben, Macht an das EU-Parlament abzugeben.

Die Wahlen zeigen vor allem, dass es nicht ausreicht, die Wahlkampfstrategie auf die Erläuterung der strukturellen Funktionsweise der Europäischen Union zu beschränken. Kampagnen, wie der Wahlauf Ruf des Europäischen Parlaments »Act. React. Impact«, die auf die Steigerung der Wahlbeteiligung abzielen, sind dann verfehlt, wenn die politische Sphäre nicht aus konkreten Projekten und Politiken ihre Wichtigkeit ableitet. Trotz der Fokussierung auf SpitzenkandidatInnen ergaben sich durch das europäische und das nationale Handeln oft Widersprüchlichkeiten in der Programmatik der einzelnen Parteienfamilien. Wer national Austeritätspolitik durchführt und sie auf europäischer Ebene zu bekämpfen trachtet, kann nicht zugeordnet werden und somit auch nicht überzeugen.

Letztendlich kann zum Wahlergebnis festgehalten werden, dass der Kurs der extremen Austerität abgewählt oder zumindest stark geschwächt wurde, da es nun keine liberal-

konservative Mehrheit mehr im Europäischen Parlament gibt. Allerdings haben sich auch keine wesentlichen großen neuen Mehrheitsblöcke ergeben, wobei sowohl die Linksfraktion und bedauerlicherweise auch die rechtsextremen Kräfte gestärkt wurden.

SIEG DER EUROPÄISCHE RECHTEN?

Schon vor den Wahlen wurde ein großer Sieg von rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Parteien medial und politisch befürchtet. Mit Marine Le Pen vom Front National aus Frankreich und Nigel Farage von der UKIP aus Großbritannien stehen nun auch zwei strahlende Sieger im Rampenlicht. Allerdings stehen diese beiden Parteien nicht vereint.

Der Front National erreicht mit seinem Anti-EU-Kurs 24,86% und ist somit stimmstärkste Partei in Frankreich. Das bedeutet 23 Sitze im Europaparlament. Schon vor der Wahl wurde, wie schon vor einigen Jahren, die Gründung einer rechtsextremen Fraktion angekündigt. Im Moment scheint dieser Plan wiederum gescheitert. Die möglichen Partnerorganisationen – die FPÖ (die mit 19,72% zwar zugelegt hat, aber unter den Erwartungen geblieben ist), der belgische Vlaams Belang (der nur noch 4,14% erreichte und somit einer der Wahlverlierer in Belgien ist), die italienische Lega Nord (die noch 6,16% erreichte und ebenfalls große Verluste erlitt) und die niederländische PVV (diese trägt mit 13,32% zur möglichen Fraktion bei, erlitt aber ebenfalls Verluste) – reichen nicht für eine Fraktion aus, da dafür 25 Abgeordnete aus mindestens sieben Ländern notwendig sind. Die nationalistischen Programmatiken sorgen hier für enorme Spannungen und so scheint die FPÖ auch weiterhin im Lager der Fraktionslosen zu bleiben.

Nigel Farage und die UKIP (26,77% und somit stimmstärkste Partei in Großbritannien mit einem Plus von 10,68%) können die Fraktion der rechtspopulistischen EU-Skeptiker

EFD (Europa der Freiheit und Demokratie) weiter aufrechterhalten. Durch den Beitritt der M5S (Fünf-Sterne-Bewegung, Italien, 21,16%, Erstantritt bei Europawahlen) von Beppe Grillo kommt die Fraktion sogar auf 48 Mandate. Durch den Beitritt zur EFD ist die bisher nicht klar zuzuordnende M5S nun eindeutig als Rechtspartei positioniert. Weitere Partnerorganisationen sind die Schwedendemokraten (9,7%, ein Plus von 6,43% und somit der Einzug ins EP), die litauische TT (14,25%, ein Plus von 2,03%), die lettische ZZS (8,26%, ein Plus von 4,54%), der tschechischen Svobodni (5,24%, eine in dieser Form neue Partei) und einem unabhängigen französischen Abgeordneten.

Was alle beteiligten Kräfte eint, ist eine extrem nationalistische und europafeindliche und in unterschiedlichen Schattierungen offen rassistische Programmatik.

Jenseits der beiden Blöcke finden sich noch die ungarische neonazistische JOBBIK mit 14,67% der Stimmen (ein leichtes Minus von 0,10%) und die griechische neonazistische Goldene Morgenröte mit 9,38% (Ersteinzug ins EP; die ebenfalls rechtsextreme Laos schafft den Einzug allerdings nicht mehr). Beide erhalten drei Mandate. Durch den Fall der Sperrklausel in Deutschland konnte auch die rechtsextreme NPD ein Mandat erringen. Besonders in Ungarn und Griechenland sind diese Ergebnisse sehr besorgniserregend; innerhalb des Parlaments werden diese Kräfte allerdings keine Rolle spielen, da sie keinen Anschluss an die Rechtsfraktion finden. Besonders im Fall der JOBBIK zeigt sich die Spaltung der europäischen Rechtsextremen anhand der Richtungsfrage Antisemitismus versus Antisemitismus. Während die JOBBIK klar Antisemitismus als einen zentralen Inhalt ausgewiesen hat, ist der Front National auf antiislamischen Rassismus festgelegt (Abweichungen von diesen Richtungen gibt es zum Beispiel bei der FN und auch in der FPÖ). Aufgrund dieser Spaltungen finden die rechtsextremen Parteien in Europa nur sehr schwer, oder auch gar nicht zusammen. Die JOBBIK lässt FPÖ und FN sogar ausrichten, dass sie »zionistische Parteien« seien.¹

Der große Sieg einer Europäischen Rechten ist vor allem nicht zu sehen, weil aufgrund der Widersprüche kein einheitlicher Block entstehen kann. Allerdings ist es an der Zeit festzustellen, dass die Wirtschaftskrise und die extreme Austerität auch rechtsextreme, antidemokratische Kräfte stark werden lassen. Daraus können Schlüsse über ein erodierendes Parteiensystem und eine zunehmende Abkehr der Bevölkerung von demokratischen Institutionen gezogen werden. Besonders

deutlich wird dies bei Betrachtung der Wahlbeteiligung. Eine wesentliche Lehre aus den Wahlsiegen der Rechten in Frankreich und Großbritannien sollte sein, dass Parteien mit einer klaren Programmatik und konsequenten Umsetzungsplänen als glaubwürdig erachtet werden und überzeugen können (so ablehnenswert und ekelhaft ihre Programmatiken auch sein mögen).

JENSEITS DER WAHRNEHMBARKEIT

Besonders signifikant ist der Rückgang der Wahlbeteiligung in vielen osteuropäischen Ländern. So fiel die Beteiligung in Tschechien um 8,72% auf 19,50%, in Lettland um über 23,66% auf 30,04%, in Slowenien um 7,41% auf 20,96%, in Ungarn ebenfalls um 7,39% auf 28,92% und in der Slowakei um 6,64% auf nahezu dramatische 13%. Im Rest Europas zeigt sich, dass in Ländern, wo neue politische Kräfte (ob links oder rechts) mit einem konfrontativen Programm angetreten und massiv dazu gewonnen haben, die Wahlbeteiligung auch gesteigert wurde. So stieg die Wahlbeteiligung im krisengebeutelten Griechenland um 5,59% auf 58,20%, in Frankreich um 2,87% auf 43,50% und in Großbritannien um immerhin 1,3% auf 36%. Hier zeigt sich wiederum, dass konkrete Politiken anhand von gesellschaftlichen Bruchlinien Menschen motivieren, an demokratischen Prozessen teilzunehmen. Der neue Protest gegen das System scheint in vielen Ländern das Fernbleiben von der Wahlurne zu sein.

WAHLERFOLGE FÜR DIE LINKE

Auch die europäische Linke geht gestärkt aus den Wahlen hervor und konnte sich von 35 Mandaten auf 52 vergrößern. Diese sind unter anderem auf den Sieg der linksradikalen Syriza in Griechenland mit 26,6% der Stimmen und somit einen Einzug mit sechs Mandaten zurückzuführen. Alexis Tsipras, Vorsitzender der Syriza, wurde auch als Kandidat der Linksfraktion für den Kommissionspräsidenten ins Rennen geschickt. Die zentralen Inhalte sind auch hier Widerstand gegen die neoliberale Austeritätspolitik und Überwindung der Krise.²

In Spanien erreichte die erst vor vier Monaten gegründete Linkspartei Podemos aus dem Stand 7,97% und zieht mit fünf Mandaten in das EP ein. Podemos (»Ja, wir können«) entstand aus AktivistInnen der M15-Bewegung, den Empörten, und ist eine basisdemokratische Protestbewegung, die sich unter anderen gegen den sozialen Kahlschlag in Spanien und gegen die hohen Mietpreise und die Wohnungsräumungen einsetzt.³ Daneben holte auch das schon traditionell in Spanien antre-

tende Linksbündnis sechs Mandate. Die Siege der Linken zeigen vor allem, dass es möglich ist, mit linken Programmatiken Zustimmung zu gewinnen und es nicht nötig ist, dafür euroskeptische und nationalistische Inhalte hervorzuholen. Gerade für zentrale Wegentscheidungen der Sozialdemokratie sollte das bedacht werden.

STAGNATION BEI DER SOZIALDEMOKRATIE

Trotz eines ambitionierten Wahlkampfes mit Martin Schulz als Kandidaten für den Präsidenten der Europäischen Kommission wurde die Sozialdemokratie nur zweitstärkste Partei. Die S&D-Fraktion (Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten) erreichte 191 (minus 5) Mandate, die EPP (Europäische Volkspartei) trotz enormen Verlusten immer noch 221 (minus 53) Mandate. Im Wesentlichen liegt dieses, unter der Erwartung gebliebene, Wahlergebnis der S&D an zwei Ländern: Die spanische Sozialdemokratie PSOE wurde trotz ihrer nationalen Oppositionsrolle genauso wie die regierende konservative Partei massiv abgestraft und schrumpfte um minus 15,51 % auf 23 % der Stimmen und zieht nur mehr mit 14 statt bisher 21 Sitzen in das EP ein. Das ist das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der spanischen Sozialdemokratie.

Die Austeritätspolitik des ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Zapatero scheint hier nicht vergessen worden zu sein. In Spanien wurde durch Kürzungen und Sparpolitik die Krise verschärft.⁴ Auch die konservative Regierungspartei Partido Popular hat massiv verloren (26,06 %, minus 16,17 %). Ebenso verloren wurde in Frankreich, wo die Parti Socialiste schon 2009 einen Tiefststand verbuchen musste, und nun sogar auf 13,98 % der Stimmen sank (minus 2,5 %). Grund hierfür ist, dass Präsident Hollande sein zentrales Wahlversprechen, vom Spar- und Austeritätskurs von »Merkozy« abzukommen, nicht einlöste. Inzwischen lobt Hollande die »Agenda 2010«-Politik von Gerhard Schröder in Deutschland, ein Kurswechsel nach links ist im Moment nicht zu erwarten.⁵

Die Gewinne der deutschen SPD (27,3 %, plus 6,5 %), der italienischen Partito Democratico (40,8 %, plus 5,55 %), der englischen Labour Party (mit 24,74 % konnte diese um 9,43 % zulegen) und der rumänischen PSD unter Premierminister Victor Ponta mit 37,6 % reichten somit nicht aus, um eine Mehrheit zu erringen. Insgesamt gingen 5 Mandate verloren und die S&D-Fraktion kommt somit auf 191 Mandate.

Hier ist festzuhalten, dass der Kurs der Sozialdemokratie im Europäischen Parlament vor allem in den von der Krise

getroffenen Ländern nicht überzeugen konnte. Zwar setzte die S&D-Fraktion auf einen deutlichen Anti-Austeritätskurs und sprach sich gegen die Politik der Troika aus. Auch stellte sie durch Studien zur Steuerflucht und Steuerhinterziehung klare Finanzierungsalternativen auf und vertrat Gegenkonzepte wie die Europäische Jugendgarantie und auch Ansätze für eine neue europäische Industriepolitik.⁶ Fraglich ist aber, inwiefern dieser Kurs auch in den einzelnen Nationalstaaten durchgezogen wurde bzw. auch glaubwürdig war. Gerade in Frankreich und Spanien war dies in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung nicht der Fall. In Italien konnte der neue Premier Matteo Renzi hingegen durch Trommeln dieses Kurses massiv gewinnen. Er ist der einzige europäische Regierungschef, dessen Partei mehr Stimmen zu verbuchen hat, als bei der Wahl zuvor. Renzi setzte durch eine Steuerreform in Italien und eine Einkommenssteuersenkung auf eine Entlastung der Bevölkerung. Gleichzeitig stellte er den Fiskalpakt auf europäischer Ebene in Frage und will die Stabilitätskriterien aufweichen.⁷

Dies sind durchwegs positive Signale aus Italien – offen bleibt, ob Renzi auch den Schritt wagen und in die Vermögensverteilung eingreifen wird, um nicht nur wie durch die bisherige Steuersenkung die Kaufkraft zu erhöhen, sondern auch strukturell die Verteilung von Reichtum zu steuern. In Griechenland kommt die ehemals regierende PASOK unter neuem Namen ELIA auf gerade noch 8,02 % und verliert 28,63 % der Stimmen, sie kann sich aber noch mit zwei Mandaten im EP halten. Dies ist das Resultat einer vollkommen verfehlten Krisenpolitik der ehemaligen Regierungspartei. In Irland ist die Sozialdemokratie auf 5,3 % der Stimmen geschrumpft (minus 8,63 %), konnte von ehemals 3 Mandaten kein einziges halten und ist somit nicht im EP vertreten. Diese wurde für ihre Regierungsbeteiligung unter der Führung der konservative Fine Gael und den drastischen Sparkurs im Land abgestraft.

Die Sozialdemokratie ins annähernd gleich stark geblieben, allerdings hat sich das interne Kräfteverhältnis durch die veränderte Mandatsstärke der nationalen Delegationen massiv verschoben. Daher ist eine Änderung der inhaltlichen Ausrichtung durchaus möglich. Es bleibt abzuwarten, was zum Beispiel das Erstarken der italienischen Delegation und die Minimierung der spanischen und französischen Parteien für die Zukunft der S&D-Fraktion bedeuten. Inzwischen wurde Gianni Pittella aus Italien zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Es bleibt zu hoffen, dass er den Kurs von

Matteo Renzi verfolgt und gemeinsam mit der italienischen Ratspräsidentschaft an der Aufweichung des Fiskalpakts gearbeitet wird.

DER GROSSE WAHLVERLIERER: EUROPÄISCHE VOLKSPARTEI

Die EPP verliert 53 Mandate und kommt jetzt auf 221 Abgeordnete. Die deutliche Führungsrolle geht verloren und europaweit ist festzustellen: Der Kurs der Austerität wurde abgewählt oder zumindest geschwächt. Die UMP in Frankreich (20,81 %, minus 6,99 %), die PP in Spanien (26,06 %, minus 16,17 %), die Fine Gael in Irland (22,30 %, minus 6,83 %) sowie Forza Italia in Italien (16,82 %, minus 18,44 %; die FI ist aus der Berlusconi-Partei PdL entstanden und existiert erst seit 2013) und die Nea Dimokratia Griechenland (22,71 %, minus 9,58 %) verloren massiv an Stimmen. Lediglich in Ungarn gibt es mit FIDESZ unter Victor Orbán einen Zuwachs an Mandaten, diese ist jetzt mit 7 Abgeordneten vertreten.

Um einiges vergrößern konnte sich die kleinere konservative Partei EKR (Europäische Konservative und Reformisten), diese ist nun die drittstärkste Kraft im EP. Trotz Wahlverlusten ihrer prominentesten Mitgliedspartei der englischen Tories (23,31 %, minus 3,69 %) kommt die Fraktion durch einige Neueintritte aus der Rechtsfraktion EFD und durch den Beitritt der deutschen AfD (Alternative für Deutschland, eine neue rechtspopulistische Partei) auf insgesamt 70 statt zuvor 57 Abgeordnete. Die Tories gründeten die EKR 2009 nach lange andauernden Konflikten mit der EPP vor allem über die stärkere europäische Integration Großbritanniens.⁸ Der Beitritt der AfD zur EKR ist besonders für Angela Merkel und die CDU/CSU in Deutschland brisant. Nachdem die Tories 2009 die EPP-Fraktion verließen, legitimieren sie nun die neue deutsche Protestpartei. Merkel selbst soll beim britischen Premierminister und Tories Vorsitzenden David Cameron dagegen – vergeblich – interveniert haben.⁹ Die EPP-Fraktion ist weit davon entfernt, ein inhaltlich einheitlicher Block zu sein. Diese Widersprüche scheinen durch die Wahl weiter verstärkt worden zu sein. Schon in der letzten Periode war die konservative Fraktion in vielen Fragen gespalten.

LIBERALE UND GRÜNE

Die liberale ALDE-Fraktion geht nach einem massiven Einbruch der deutschen FDP geschwächt mit 67 statt bisher 83 Mandaten aus der Wahl hervor und hat somit ihren Anspruch, der drittgrößte Block im EP zu sein verloren. Auch die Grünen müssen mit 52 statt bisher 57 Mandaten leichte Verlus-

te hinnehmen und liegen nur noch knapp vor der Rechtsfraktion EFD. Es zeichnet sich ein Parlament mit zwei großen Machtblöcken und vielen annähernd gleichstarken kleineren Blöcken ab.

Die großen Partiefamilien sind zwar mit gemeinsamen Spitzenkandidaten in den Wahlkampf gezogen, lange schien aber unklar, ob der »Wahlsieger« Jean-Claude Juncker von der EPP die Nominierung der Regierungschefs seiner Partiefamilie im Rat erhalten wird. Vor allem David Cameron versuchte, ein Bündnis gegen Juncker zu schmieden, das aber letztendlich scheiterte.

Die Diskussion zeigt ein Dilemma des europäischen Systems und ein enormes Demokratiedefizit der bisherigen Institutionen. Ein neuer ernsthafter Verfassungskonvent sollte diese Probleme in Angriff nehmen und die Frage beantworten, ob die Europäische Union in eine vermehrt supranationale oder zurück in eine nationalstaatliche Richtung gehen soll. Die Machtspiele zwischen Nationalstaaten, EU-Parlament und Kommission schwächen die Europäische Union zusehends und kosten ihr auch Glaubwürdigkeit.

MEHRHEITSVERHÄLTNISSE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Weder der rechte (EPP, EKR, ALDE) noch der linke Flügel (S&D, Linke, Grüne) im EP verfügen von sich aus über eine Mehrheit und diese könnte nur gemeinsam mit fraktionslosen und bisher nicht zugeordneten Abgeordneten oder der Rechtsfraktion gefunden werden. Auch Mehrheiten über viele Fraktionen hinweg sind denkbar, am wahrscheinlichsten bleibt aber die Fortsetzung der Zusammenarbeit der großen Blöcke S&D und EPP, da diese eine stabile Mehrheit bringen können. Allerdings ist die Sozialdemokratie nun in einer besseren Position, da für die Konservativen eine alternative Mehrheitsfindung schwieriger ist als im bisherigen Parlament. Schon für die Wahl des Kommissionspräsidenten bzw. des Parlamentspräsidenten suchten EPP und S&D eine Mehrheit gemeinsam mit der ALDE.¹⁰ Zu hoffen bleibt, dass diese Zweckkoalition nicht langfristig bestehen bleibt, da hiermit die konservativen und neoliberalen Kräfte dominieren könnten.


WHAT'S NEXT? EUROPA ZWISCHEN 2014 UND 2019

Ein wesentliches gesellschaftliches Kampffeld zeichnete sich schon im Wahlkampf um das Europäische Parlament und in den Monaten zuvor ab. Durch den Schwenk, Politik durch bilaterale und/oder multilaterale Freihandelsabkommen vor-

wegzunehmen, ist der Einfluss der politischen Sphäre in Europa bedroht. Abkommen wie TTIP (Freihandelsabkommen EU–USA), CETA (Freihandelsabkommen Kanada–EU) und TISA (multilaterales Dienstleistungsabkommen) werfen ihre Schatten voraus und lassen Privatisierungs- und Liberalisierungspläne sowie Dumping von Sozial-, Arbeits-, Umwelt und Gesundheitsstandards in Europa fürchten. Das Parlament ist hier wiederum – wie schon beim ACTA-Abkommen – das Zünglein an der Waage und kann hier seine Rolle stärken. Dafür ist aber eine konsequente Auseinandersetzung und vermutlich auch Ablehnung des Abkommens notwendig.

Ein weiteres wesentliches Feld wird der Kampf gegen die Austeritätspolitik und die Lockerung bzw. bestenfalls Aussetzung des Fiskalpakts sein. Dieser trifft inzwischen auch österreichische Städte wie Wien stark und behindert notwendige Investitionen, um die Krise zu überwinden. Für Herbst 2015 wurde die Wiederaufnahme der Diskussion rund um den Wettbewerbspakt angekündigt. Hier wird es eine Aufgabe der Sozialdemokratie sein, den Merkel-Plan zu verhindern.

Eine weitere wesentliche Aufgabe für die Zukunft ist das Vorantreiben der Strukturreform der Europäischen Institutionen und die Ingangsetzung tatsächlicher Wegentscheidungen. Die Europäische Union ist schon jetzt ein Kampffeld, auf dem Interessenskämpfe ausgetragen werden. Durch ihre Konstruktion haben aber Marktinteressen wesentlich bessere Einflussmöglichkeiten als die Interessen von ArbeitnehmerInnen und der Gesamtbevölkerung. Um dies zu verändern, braucht es eine umfassende Demokratisierung der Institutionen – ein erster kleiner Schritt wäre die Einführung des Gesetzesinitiativrechts für das Europäische Parlament. Nur wenn die Strukturen demokratisch sind, kann auch ein Interesse der BürgerInnen für das viel beschworene demokratische Europa erwartet werden.

Letztendlich darf sich eine sozialdemokratische Europapolitik nicht auf die Vermittlung der Funktionsweisen der Institutionen und der Aufklärung von Mythen beschränken, sondern muss konkret an den Lebensverhältnissen und Problemen der Menschen ansetzen. In der Krise sind dies Armut und Arbeitslosigkeit und eben dafür müssen europäische Lösungen gefunden werden. Das diese im Zeichen der internationalen Solidarität nicht nur für die reichen Teile Europas gelten, sondern auch und vor allem für die verarmten Länder und Regionen, muss in einem geeinten Europa eine Selbstverständlichkeit sein. 

1. Vgl. <http://derstandard.at/2000002352600/Ungarische-RechtsextermeFPOe-und-FN-sind-zionistische-Parteien>
2. Vgl. http://www.european-left.org/sites/default/files/final_platform_en_7.pdf
3. Vgl. <http://www.taz.de/!139480/>
4. Vgl. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-08/schulden-spanien-europa>
5. Vgl. <http://www.profil.at/articles/1322/560/359201/austeritaet-europas-abkehr-sparpolitik-wunschdenken>
6. Vgl. <http://www.relaunchingeurope.eu/>
7. Vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/europawahl-renzi-siegt-in-italien-sparpolitik-in-gefahr-a-971667.html>
8. Vgl. http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/7938482.stm
9. Vgl. <http://www.taz.de/!140263/>
10. Vgl. <http://www.socialistsanddemocrats.eu/newsroom/joint-declaration-epp-group-sd-group-and-alde-group-election-president-european-commission>

SANDRA BREITENEDER

arbeitet im Bereich Internationales und Europapolitik.

GARRY WINOGRAND
WOMEN ARE BEAUTIFUL
WESTLICHT



Garry Winogrand Ohne Titel, um 1970 © Garry Winogrand, courtesy of Lola Garrido Collection



Garry Winogrand

New York, 1968

© Garry Winogrand, courtesy of Lola Garrido Collection

WestLicht

Westbahnstraße 40, 1070 Wien

bis 03.08.2014

Öffnungszeiten: Di, Mi, Fr 14–19 h; Do 14–21 h

Sa, So, Fei 11–19 h; Mo geschlossen

www.westlicht.com



GARRY WINOGRAND WOMEN ARE BEAUTIFUL WESTLICHT

Mit **Women are Beautiful** zeigt das Fotomuseum **WestLicht** die wohl berühmteste und am kontroversesten diskutierte Serie des großen Street Photographers **Garry Winogrand** (1928–1984). Die 85 Fotografien, die in den 1960er- und 70er-Jahren entstanden und von Winogrand 1975 im gleichnamigen Buch veröffentlicht wurden, sind ein Porträt einer Zeit des Aufbruchs: Die Ausübung neu gewonnener – und neu erkämpfter – innerer und äußerer Freiheiten brachte in den Nachkriegsjahrzehnten einen Wandel im Selbstbild der Frau. Winogrands Serie dokumentiert, wie die gesellschaftliche Veränderung im öffentlichen Leben Form annimmt. Seine Kamera folgt den Frauen durch die Straßen von Manhattan, durch die Parkanlagen und auf High Society Partys und beobachtet, wie sie mit selbstbewusster Eleganz den öffentlichen Raum für sich beanspruchen und sich soziale Transformation in Körpersprache, Auftreten und Habitus manifestiert. So sehr freilich die Serie Frauen als Subjekte der Geschichte zeichnet, so sehr bleiben sie Objekte eines männlichen Blicks und Beute eines brillanten Bilderjägers.

Über Sozialdemokratie, Europa und Utopien

Michael Amon stellt in seinem Beitrag Gedanken darüber an, welche politischen Fragestellungen im Kontext des Ergebnisses des Europäischen Parlaments zu adressieren und zu beantworten sind.

Es bedarf einer großen Könnerschaft in Sachen Realitätsverweigerung, um im Ergebnis der EU-Wahl einen Erfolg zu sehen, bloß weil der Abstand zur ÖVP geringer geworden ist. Erstens ist das kein Verdienst der SPÖ, sondern das hat die ÖVP mittels politischer Slapstick-Einlagen selbst besorgt. Zweitens ist es eines der schlechtesten Wahlergebnisse der Bundes-SPÖ seit 1945. Der Schmach mit dem Spitzenkandidaten, den man zum Kommissionspräsidenten wählt, hat nicht funktioniert und war Wählertäuschung à la Magischer Circle: Die europäischen Verträge normieren ein Vorschlagsrecht der Regierungschefs, der dann eine Mehrheit im EU-Parlament finden muss. Aber es ist – siehe Beschlüsse zur Finanzkrise – üblich geworden, sich um Verträge nicht zu kümmern. Ein gefährlicher Irrweg. Die Demokratisierung der EU darf nicht durch die Hintertür und vorbei an allen Verträgen erfolgen.

Die Wahlen gingen für die europäische Sozialdemokratie auch aus einem anderen Grund schief: Den Leuten dauernd zu erzählen, man wende sich vom neoliberalen Weg ab, ohne konkret zu sagen, was das bedeutet – diese Methode funktioniert nicht mehr, weil sie seit Jahrzehnten praktiziert wurde, während man gleichzeitig alle neoliberalen Wirrungen mitbeschlossen hat. Langsam kapiert man auch im letzten Nest Europas: Ohne Änderung der Verträge, ohne Neudefinition des Inhalts der vier Freiheiten, gibt es keine Abkehr vom Neoliberalismus, der in allen Verträgen festgeschrieben ist. Wenn nun versucht wird, eine Aufweichung der Stabilitätskriterien zu erreichen (die widersinnig und kontraproduktiv sind), dann ist das keine Abkehr von neoliberalen Dogmen, sondern Neoliberalismus mit sozialdemokratischem Antlitz. Die Sozialdemokratie – ich schreibe es seit Jahren – als Partei der kleineren Dosis: von allem weniger, alles ein bisschen langsamer. Aber die Rezeptur bleibt gleich. Nicht die Sozialisten – wie

Hayek irrtümlich meinte –, sondern die Neoliberalen hocken in allen Parteien.

Solange etwa die SPD ihre verbale Abkehr von der Agenda 2010 nicht ernsthaft in Politik umsetzt, wird die Wählerschaft nicht zurückkehren. Die Zuwächse bei der EU-Wahl verdankt sie in Wahrheit ihrer nationalistisch eingefärbten Wahlwerbung («Nur wenn Sie Martin Schulz und die SPD wählen, kann ein Deutscher Präsident der EU-Kommission werden.»). Ein europapolitischer Sündenfall. Dass die von den Markttextremisten bejubelte Agenda 2010 die Wettbewerbsposition Deutschlands verbessert hat, mag stimmen, hatte aber die fatale Folge, gleichzeitig die Krise in den Südländern so zu verschärfen, dass niemand weiß, wie man aus der Falle herauskommt.

MEHR ALS NUR SCHLAGWORTE

Die europäische SD wird mehr als nur Schlagworte zur Lösung der Jugendarbeitslosigkeit finden müssen. Es wird Maßnahmen brauchen, die nicht erst in zehn Jahren wirken. Sonst produzieren wir eine »lost generation«, die in zehn Jahren erst recht von der dann nachfolgenden nächsten Generation überholt wird. Die Folgen sind absehbar: die heutige Jugendarbeitslosigkeit ist in 30 bis 40 Jahren quälende Altersarmut. Denn es gilt das Diktum von Keynes: *In the long run we are all dead. ... Economists set themselves too easy, to useless a task if in tempestuous seasons they can only tell us that when the storm is long past the ocean is flat again.* (Tract on Monetary Reform, 1923)

Darüber hinaus zeigt die Ukraine-Krise deutlich, dass die bisherige Form der Globalisierung an ihre Grenzen stößt. Freihandel und ein neuer Kalter Krieg sind kaum kompatibel. Immer klarer wird, dass die Investitionen in Ländern wie Russland oder China mangels Rechtssicherheit auf Dau-

er nicht nur nicht akzeptabel sind, sondern die demokratischen Länder selbst beschädigen, autoritäre Strukturen, die von Wirtschaftsinteressen dominiert werden, fördern. Jener autoritäre Kapitalismus, den ich in meinem Buch »Nach dem Wohlstand« beschrieben habe, ist in Sichtweite.

Ein Modell, das darauf beruht, chinesische Lohnsklaven billige Waren für europäische Prekär-Arbeitskräfte herstellen zu lassen (wodurch das sinkende Lohnniveau in Europa abgedeckt wird), ist zynisch und unhaltbar. Die chinesische Wanderarbeiterschaft fordert zu Recht bessere Lebensmöglichkeiten, denn das Lohnniveau ist unter dem Existenzminimum, die Gründung von Familien und das Aufziehen von Nachwuchs somit finanziell unmöglich.

VÖLLIG NEUE ARBEITSFORMEN

Ohnedies wird man sich auf völlig neue Arbeitsformen einstellen müssen. Amazon zeigt es vor: fast menschenleere Auslieferungslager sind in Erprobung. Die vollautomatisierte Fabrik, die nur mehr wenige Fachkräfte vor Ort erfordert, während die Steuerung der Abläufe tausende von Kilometern entfernt in Rechenzentren in den Ländern der Eigentümer erfolgt, ist keine Utopie, sondern in Planung. Konzerne können dann ihre weltweit verstreuten Fabriken jederzeit an- und abstellen, ohne dass die Länder, in denen die Maschinen stehen, dagegen etwas unternehmen können. Ohne die in die Cloud verlagerte IT-Struktur sind die Fabriken wertlos.

Das Kapital bekommt völlig neue Formen der Eigentums-sicherung. Aufgrund der kurzen Amortisationszeiten und der rapiden technischen Erneuerung ist es kein Problem, Fabriken nach sehr kurzen Laufzeiten wieder zu schließen. Das Know-How ist ja nicht vor Ort, sondern in den »heimatlichen« Programmierzentren. Dieses keineswegs in ferner Zukunft liegende Szenario wird im nächsten Jahrzehnt die Fragen nach Erwerbsarbeit und Verteilung der produzierten Güter völlig neu stellen und ebenso neue Antworten verlangen.

Mit schierem Wachstum werden die Probleme nicht zu lösen sein. Das ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern auch eine sehr praktische: Woher soll dieses Wachstum kommen? Durch die moderne Elektronik haben sich die Innovationswellen extrem verkürzt. Wir produzieren immer mehr ausdifferenzierten Konsummüll, der oft zu nichts anderem gut ist, als neu zu sein. Es dauerte Jahrzehnte, bis die Haushalte Fernseher, Waschmaschine und Geschirrspüler hatten. Farbfernsehgeräte benötigten ungefähr fünfzehn Jahre zur Markt-

durchdringung, die CD schaffte es in kaum zehn Jahren. Der Flatscreen löste das Röhrengerät innerhalb von fünf Jahren ab. Handy-Technologien wechseln mit den Jahreszeiten. Wirtschaftswachstum wird so nicht nur zur ökologischen, sondern auch zur ökonomischen Sackgasse: Derart rasante Innovationszyklen schaffen keine dauerhaften Arbeitsplätze mehr, die Arbeitsabläufe erklimmen neue Höhen der Automatisierung, die Überwachung der Prozesse benötigt immer weniger Menschen. Die Folge: Wir können immer mehr Güter mit immer weniger Aufwand schaffen. Weniger Aufwand heißt aber in diesem Szenario: weniger Entgelt sowie weniger Menschen in Arbeit, wenn wir bei den heutigen Modellen bleiben. Die seit Jahrzehnten steigende Sockelarbeitslosigkeit in Europa genügt als Beweis. Wir stehen vor der paradoxen Situation, immer mehr produzieren zu können, während diese Produkte eines Tages jene nicht mehr erreichen, die sie brauchen. Unter diesen Aspekten stellt sich die Verteilungsfrage völlig neu.

Auch die Renten-Apokalyptiker werden durch diese Entwicklung in Schranken gewiesen. Die Schreckensszenarien einer Gesellschaft, in der die Jungen die Pensionen der Alten nicht zahlen können, Stichwort: demographischer Faktor, erweisen sich als Unsinn. Diese Szenarien entstehen nur durch den von kapitalistischen Wertverhältnissen getrübbten Blick: die entscheidende Frage ist ja die, ob die in Arbeit stehende Bevölkerung genug herstellen kann, um die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung zu decken. Das ist zweifellos möglich. Um 1900 haben fast siebzig Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft gearbeitet, heute sind es unter 5%. Das wäre 1900 für eine realitätsfremde Utopie gehalten worden! Wenn wir also alle benötigten Produkte herstellen können, dann ist das Problem offensichtlich anderswo zu suchen: in der Verteilung, in der kapitalistischen Aneignung und Übereignung der Produkte.

EINE INTERNATIONALISTISCHE BEWEGUNG

Mehr denn je benötigt die Sozialdemokratie die europäische Perspektive. Wie ich stets betone: Erstmals in ihrer Geschichte muss die SD wirklich eine internationalistische Bewegung sein. In einer Zeit, da der Nationalismus fröhliche Urständ feiert, nicht ganz einfach, aber durchaus von der SD mitverschuldet. Wer die »Modernisierungsverlierer« achselzuckend zur Kenntnis nimmt (»Es gibt nicht links und rechts, sondern nur schnell und langsam« – die sozialistische Form des Sozialdarwinismus), darf sich nicht wundern, wenn die Leute die einfachen Antworten rechtsradikaler Populisten inhalieren.

Aber nun konkret! Die vier Freiheiten der EU benötigen eine grundlegende Neuformulierung, beruhend auf den Erkenntnissen seit Abschluss der Maastricht-Verträge. Der freie Kapitalverkehr hat sich als ökonomische Katastrophe erwiesen. Die Beschränkung des Kapitalverkehrs auf die Finanzierung der Realwirtschaft ist ein Gebot der Stunde. Eine moderne Form der Devisenverkehrskontrolle (mit der man in prosperierender Vergangenheit gut gefahren ist) muss ebenso kommen wie das Ende des Steuerwettbewerb zwischen den europäischen Staaten. Denn die Ersparnisse der Konzerne fehlen den Staaten und müssen von jenen finanziert werden, die nicht von Land zu Land wechseln können, also von den Lohnabhängigen und den kleinen und mittleren Unternehmen.

DER IRRWEG DES FREIHANDELS


Die völlige Freiheit des Warenverkehrs ist ein ökologischer Irrweg. Würde man endlich die Transporte mit den echten Kosten belasten, würden wieder überschaubare und ökologisch sinnvolle Versorgungsgebiete entstehen. Dass ein Becher Joghurt mehr Kilometer hinter sich hat, als viele Europäer sich je von ihrem Geburtsort entfernen werden, ist absurd.

Der Irrweg des Freihandels ist zu überdenken. Wir benötigen sanfte Formen des Protektionismus. Was spricht dagegen, China mangels demokratischer Strukturen mit hohen Zöllen zu belegen, seine Funktion als billige Werkbank der Konzerne zu verunmöglichen, womit eine Reindustrialisierung Europas möglich wird? Es sind nur die Interessen des frei vazierenden Finanzkapitals, die dagegen sprechen. Die Freihandelstheorie war im Kern immer falsch (sie setzt ein Gleichgewicht der Märkte voraus). Unter den Arbeitsbedingungen in China ist aber kein Produkt mehr denkbar, das in demokratischen Industriestaaten günstiger herzustellen wäre. Der praktische Beweis für diese These ist erbracht: die Entindustrialisierung der USA und von Teilen Europas!

Wir benötigen eine europaweite, regional differenzierte Mindestsicherung zur Unterbindung der Armutswanderung und des Niedrigstlohnsektors. Solange es kein Europa mit gemeinsamem Steuer- und Sozialsystem gibt, besteht der Anspruch auf diese Mindestsicherung im jeweiligen Heimatstaat. Gleichzeitig darf es keine Mindestlöhne geben, von denen man nicht leben kann. Das Auseinanderdriften der Lebensverhältnisse kann durch keine »Millionärssteuer« der Welt verhindert werden, wenn die Arbeitseinkommen immer weiter sinken. Dass in Österreich 2,5 Millionen Menschen so

niedrige Einkünfte haben, dass sie nicht mehr steuerpflichtig (eigentlich: steuerfähig) sind, ist der wahre Skandal, wenn gleichzeitig Milliardengewinne quer durch Europa verschoben werden, sodass Konzerne wie Apple oder Amazon nur zwei Prozent Steuer bezahlen.

Angesichts des Desasters der Sozialisten in Frankreich, der Erstarbung der Rechten in ganz Europa, wird die Sozialdemokratie ernsthaft daran gehen müssen, sich um die Bedürfnisse der Menschen zu kümmern und nicht um die des Finanzkapitals und der Großkonzerne. Ein neues Parteiprogramm der SPÖ muss die realen Sorgen und Nöte der Menschen abbilden, konkrete Lösungen und Wege zeigen, das Wort »sozial« allein wird nicht reichen. Dieses neue Programm muss die Lebenswirklichkeit der arbeitenden Menschen abbilden, nicht die von Funktionären und Berufspolitikern.

Die Sozialdemokratie wird Mut und Entschlossenheit beweisen müssen, denn in Zeiten, da die Menschen immer mehr am gemeinsamen Europa zweifeln, klar zu machen, dass sogar ein weiteres Zusammenwachsen dringend notwendig ist, wird nicht leicht sein. Die SD wird sich dazu durchringen müssen, scheinbar utopische Ziele zu formulieren und erneut eine das System transzendierende Perspektive zu entwickeln. Mag der Weg auch das Ziel sein, so war es letzten Endes doch immer so, dass die Wege nur begangen wurden, weil die Menschen sehr wohl ein Ziel hatten: in ihren Köpfen und vor allem in ihren Herzen. Wer nicht an die Existenz von Gipfeln glaubt, wird keine Berge erklimmen. 

MICHAEL AMON

lebt als Romancier und Essayist in Wien und Gmunden. Soeben erschien im Wiener Klever Verlag der »Panikroman«, sowohl Psychogramm eines Börsenhändlers als auch der Finanzmärkte. Im Juli erscheint »Nachruf verpflichtet« als Band drei der »Wiener Bibliothek der Vergeblichkeiten« im echomedia-buchverlag.



GARRY WINOGRAND
WOMEN ARE BEAUTIFUL
WESTLICHT

Das Ende einer Ära

Mit Putins Aggression drohe eine Rückkehr in die Ära nationalistischer Antagonismen und Kriege, konstatiert Thomas Nowotny. Das Versagen des Westens, auf russische Sensibilitäten in der Ukraine-Frage Rücksicht zu nehmen beschleunige diesen Prozess. Nur wenn legitime russischen Interessen anerkannt würden, könne man umso klarer gegen nicht-legitime Ansprüche und den von Nowotny so bezeichneten »russischen Neo-Imperialismus« auftreten. Eine entschiedene Absage erteilt er allen Überlegungen zur weiteren Militarisierung des Ukraine-Konflikts beizutragen.

Die Politik der Europäischen Union war von der Überzeugung bestimmt, dass ihr Modell friedlicher Beziehungen und zunehmender wirtschaftlicher, politischer und kultureller Integration allseits Anklang findet. Man würde sich nur Freunde, und niemanden zum Feind machen. Außenseitern müsse man daher nur die Möglichkeit bieten, sich der Union anzunähern oder anzuschließen. Diese würden dann ganz von selbst nach diesen Früchten greifen.

Lange hat das auch so funktioniert und die Union hat sich demnach von 12 auf 28 Mitglieder erweitert. Auch die Ukraine und die ukrainische Bevölkerung strebte nach einer Annäherung an die Union. Sie sollte sich durch ein »umfassendes und vertieftes Freihandelsabkommen« verwirklichen. Dessen Unterzeichnung war für Dezember 2013 geplant. Der ukrainische Präsident Yanukowytsch verweigerte aber dann seine Unterschrift, nachdem der russische Präsident Putin ihm im Gegenzug zu diesem Verzicht auf eine Annäherung an die Europäische Union eine starke Verbilligung des aus Russland bezogenen Erdgas und einen 15-Milliarden-Euro Kredit in Aussicht gestellt hatte. Mehrere hunderttausend¹ Ukrainer – überwiegend aus der zum Teil auch russisch sprechenden Mittelschicht der Hauptstadt Kiew – protestierten daraufhin auf dem Kiewer Maidan-Platz gegen diese von ihnen unerwünschte Kehrtwendung. Die Konfrontation zwischen der bewaffneten ukrainischen Ordnungspolizei und den Protestierenden eskalierte. Mitte Februar eröffneten auf Dächern positionierte Scharfschützen das Feuer auf die am Platz versammelte Menschenmenge, wobei 80 Personen getötet wurden. Ein Trio von drei europäischen Außenministern (Frankreich,

Deutschland Polen) bemühte sich um eine friedliche Lösung des Konfliktes. Ein entsprechender Kompromiss war dann am 21. Februar 2014 zwischen diesen Außenministern, dem ukrainischen Präsidenten und den drei führenden Oppositionsparteien ausgehandelt worden. Er hätte den Abzug der Polizei wie auch der der Demonstranten vom Maidan-Platz vorgeesehen, eine Änderung der Verfassung und die Abhaltung von Präsidentschaftswahlen bis spätestens Dezember 2014. Die Besatzer des Maidan-Platzes, unter die sich zu diesem Zeitpunkt auch nationalistisch/ rechtsextreme Gruppen gemischt hatten, haben den Vollzug dieses Kompromisses verweigert und auf dem sofortigen Rücktritt des Präsidenten bestanden. Als sich die Polizeitruppen aus der Konfrontation zurückzogen, sah sich der so schutzlos gewordene Präsident Yanukowytsch zur Flucht nach Russland gezwungen. Das Parlament wählte daraufhin eine Interims-Regierung.

Der russische Präsident Putin reagierte auf diese Niederlage seines Schützlings, indem er 150.000 russische Soldaten in höchste Alarmbereitschaft versetzen ließ, wonach dann 40.000 von ihnen, gemeinsam mit schwerem Gerät, an die Grenze zur Ukraine verlagert wurden. Vom russischen Parlament erbat – und erhielt – er die Genehmigung, russisches Militär zum Schutze der in der östlichen und südlichen Ukraine lebenden »russischen« Bevölkerung einzusetzen. In einer generalstabsmäßig geplanten und im wesentlich unblutig verlaufenen Aktion und mit maßgeblicher Hilfe durch nur schlecht getarnte² russische militärische Sondereinheiten wurde sodann die Halbinsel Krim, mit ihrer überwiegend russisch-sprachigen Bevölkerung der Ukraine entwendet und nach einem dort abgehaltenen Referendum Russland einverleibt.

In der Folge wurde in der Ost- und Südukraine eine Destabilisierung durch Methoden vorangetrieben, welche sich vorher schon in der Krim bewährt hatten. Paramilitärische Gruppen besetzten öffentliche Gebäude, Fernsehstationen, und zuletzt auch strategisch wichtige Eisenbahnlinien. Ein von und in Russland entfachter Propagandakrieg soll glaubhaft machen, dass die russischsprachige Bevölkerung tödlich bedroht wäre. Halbherzige Versuche der ukrainischen Regierung in Kiew, dem mittels Polizei und von Militär entgegen zu treten, waren wenig erfolgreich und auch in der Ost-Ukraine eskalierte die Gewalt. Eine Beobachtungsmission der Vereinten Nation berichtete von zahlreichen Todesopfern, wofür sie die Schuld in erster Linie den russischsprachigen Rebellen zugewiesen hat.³

Solche gewaltsamen inneren Konflikte entfalten erfahrungsgemäß ihre eigene tödliche Dynamik und entgleiten leicht der Kontrolle jener, die sie anfangs zu steuern glaubten. Am 18. April 2014 verständigten sich daher in Genf die ukrainische Interimsregierung, Russland, Europa und die USA auf Maßnahmen, die ein Abgleiten in ein Chaos verhindern sollten. Die paramilitärischen Gruppen sollten ihre Besetzung und ihre Belagerung von öffentlichen Gebäuden aufgeben, und ihre Waffen abliefern. Dem haben sich die russischsprachigen Rebellen mit der Bemerkung verweigert, dass ihnen auch der russische Außenminister nichts vorschreiben könne, und dass sie unverrückbar an ihre Belagerung und Besetzung solange festhalten wollten, bis das Ziel einer Unabhängigkeit von der Ukraine erreicht wäre.

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Die Wahlen am 25. Mai hätten nun eine Möglichkeit geboten, dieser gefährlichen Dynamik einer ständigen Eskalation Einhalt zu gebieten, zumal Präsident Putin ja zugesagt hatte, ihren Ausgang zu respektieren.⁴ Die Wahlen brachten zwar einen überragenden Sieg für den um die Einheit bemühten Milliardär Petro Poroschenko, doch bleibt die für die tagtägliche Politik im Lande verantwortliche Übergangsregierung bis zu den für Herbst angesetzten Parlamentswahlen weiterhin im Amt; und es ist vor allem fraglich, ob es der Regierung und dem neugewählten Präsidenten gelingt, die Lage in der Ost- und Südukraine unter Kontrolle zu bringen. In einigen der dortigen Städte konnten die Präsidentschaftswahlen nämlich deshalb nicht durchgeführt werden, weil paramilitärische Einheiten vorsorglicher Weise Wahlregister und Stimmzettel beseitigt, Wahllokale besetzt und potentielle Wähler terrorisiert hatten. In Donetsk, dem Zentrum der pro-russischen Rebelli-

on, konnten nur 2 Prozent der Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Nach den Wahlen haben pro-russische Rebellen den dortigen Flugplatz zeitweilig unter ihre Kontrolle gebracht. Mit russischen Boden-Luft-Raketen hatten sie schon vorher mehrere ukrainische Militärhubschrauber abgeschossen.⁵ Zuletzt gab es einen massiven, von mehreren hundert Rebellen getragenen Angriff gegen eine zentrale Kontrollstelle an der russisch-ukrainischen Grenze. All das deutet darauf, dass diese Aktionen der Rebellen keineswegs spontaner, revolutionärer Eingebung folgen, sondern einem präzisen Einsatzplan. Es zeigt aber auch, dass es kaum möglich sein wird, die pro-russischen Rebellen in jenen Städten militärisch zu besiegen, wo sie sich nun – wie in Donetsk und Lugansk – festgesetzt haben und offensichtlich breiten Rückhalt in der Bevölkerung finden. Eine militärische Eskalation, aber auch die bloße Fortdauer von Chaos könnte Russland jedenfalls den Vorwand zu einem direkten Einschreiten und der offiziellen Anerkennung der Republik Donetsk/Lugansk bieten.⁶

GRENZEN GEWALTSAM VERSCHOBEN

Halten wir also zunächst fest: Erstmals seit dem Ende der Nachkriegswirren hat in Europa eine Großmacht Grenzen gewaltsam, unter Anwendung von militärischer Gewalt verschoben.⁷ Russland hat unverblümt angedroht, das auch mit der Annexion eines viel größeren Gebietes fortzusetzen zu können. Erstmals wird so in Europa dem EU-Modell einer immer engeren, friedlichen Integration das völlig verschiedene Konzept einer einseitigen Machtentfaltung entgegen gesetzt. Vorläufig scheint dieses andere Modell das wirksamere zu sein. Mit der russischen Annexion der Krim hat die Europäische Union bereits eine Niederlage einstecken müssen. Eine viel schwerere wäre die von Russland angedrohte, de-jure oder de-facto⁸ Annexion der Ost- und Südukraine.

Man wird nicht sogleich zu einem, all diese Übergriffe entschuldigenden »Putin-Versteher«, wenn man festhält, dass zu dieser Entwicklung auch Fehler auf europäischer bzw. »westlicher« Seite beigetragen haben. Wenn Putin nunmehr einen anti-westlichen, antieuropäischen Kurs folgt, wenn er nunmehr auch andere ex-sowjetische Staaten hinter sich versammelt und davon träumt, gemeinsam mit ihnen in einer »Eurasischen Union« zu bilden, dann ist dies auch deswegen möglich, weil Russland niemals, und obwohl es sich darum bemüht hatte, eine volle, gleichberechtigte Mitgliedschaft in Europa oder der NATO in Aussicht gestellt worden war. Vielmehr wurden Russlands Interessen und Empfindlichkeiten des Öfteren in sträflicher Weise missachtet.

So etwa in den Verhandlungen des für die Ukraine geplanten »tiefen und umfassenden Freihandelsabkommen«. Neben dem Handel der Ukraine mit der Europäischen Union ist aber auch der zwischen der Ukraine und Russland gewichtig; und das nicht bloß wegen seines Umfangs, sondern auch wegen seiner Spezifika. So werden zum Beispiel in der östlichen Ukraine für den russischen Markt hochwertige Güter wie Raketen und Flugzeuge produziert. Sowohl die Ukraine wie auch Russland haben ein Interesse daran, dass diesem Handel durch ein Abkommen mit der EU keine Hindernisse in den Weg gestellt werden. Dennoch wurde Russland nicht in die Verhandlungen zu diesem Abkommen eingebunden.⁹ Man hat das Abkommen mit der Ukraine nach Schema »F« verhandelt, so als ob die Ukraine irgendwo im Atlantik und nicht an der russischen Grenze gelegen wäre.

NATO-MITGLIEDSCHAFT DER UKRAINE

Unmittelbar nach dem Ende der Sowjetunion hatte sich Russland einmal um eine volle Mitgliedschaft in der NATO bemüht. Der »Westen« hatte aber niemals die Absicht, diesen Wunsch zu erfüllen. Sehr wohl aber hatte man, einem Wunsch der damaligen ukrainischen Regierung entsprechend, noch Anfang 2008 eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ins Auge gefasst. Verständlicherweise hat aber schon die bloße Diskussion um eine solche Mitgliedschaft russische Urängste über eine mögliche militärische Einkreisung mobilisiert.¹⁰ Der Plan einer NATO-Mitgliedschaft findet indes ohnehin keinen Rückhalt in der ukrainischen öffentlichen Meinung. Eine solche Mitgliedschaft wird mehrheitlich abgelehnt. Mit Blick auf die öffentliche Meinung, aber auch auf die geopolitischen Realitäten¹¹ haben dann spätere ukrainische Regierungen das Projekt ohnehin nicht weiter verfolgt. Auf westlicher Seite hat der Widerstand Deutschlands und Frankreichs diese Option einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft vom Tisch gewischt.¹² Offenbar optiert die Ukraine nunmehr für einen Status als neutraler/paktfreier Staat.¹³

Ein gewisses Verständnis erheischt auch die russische Sorge um die Rolle rechtsextremer, ja faschistischer Elemente in den ukrainischen Protestbewegungen und sogar in der jetzigen Ukrainische Übergangsregierung. Durch die längste Zeit ihres Bestehens war die Ukraine integraler Teil Russlands. Nachdem dem Zerfall des Zarenreiches war die Beziehung zu Russland, die Integration der Ukraine in die Sowjetunion, und die Zeit im Zweiten Weltkrieg allerdings von Perioden blutiger Gewalt geprägt.¹⁴ Nach dem Ausscheiden Russlands aus dem Ersten Weltkriegs fungierte die Ukraine zunächst

als Stützpunkt des »weißrussischen« Widerstandes gegen das kommunistische Regime in Moskau. Erst 1921 kam dieser Widerstand mit dem Sieg der Roten Armee und der Gründung der ukrainischen Volksrepublik zum Versiegen, während der nordwestliche Teil des Landes dem damals neu erstandenen Polen angegliedert wurde. Doch die Beziehungen zu Moskau wurden dadurch nicht konfliktfrei und unblutig. In einer von Stalin mit Bedacht und aus politischen Gründen herbeigeführten Hungersnot kamen 1932–1934 nicht weniger als sieben Millionen Ukrainer ums Leben. Das nährte den Wunsch nach einem unabhängigen Staat, und so schlug sich zu diesem Zweck während des Zweiten Weltkriegs ein Teil der Bevölkerung auf die Seite Deutschlands.¹⁵ Ukrainische Faschisten stellten sogar den Wehrmachtsverband »Nachtigall«. Andererseits standen wesentlich mehr Ukrainer auf sowjetischer Seite. Unter ihnen gab es mehr Tote als in der Gesamtheit der unter amerikanischem, französischem oder britischem Kommando stehenden Truppen.

Das Erbe dieser von Gewalt geprägten Geschichte ist bis heute präsent. Öffentliche Plätze im östlichen Teil des Landes zieren auch heute noch monumentale Statuen Lenins, während im ehemals polnischen, nordwestlichen Teil des Landes Monumente an Stepan Bandera erinnern,¹⁶ der gegen die Sowjets um eine unabhängige Ukraine gekämpft und sich dabei auch zeitweise mit den Deutschen verbündet hatte.

INNERE SPANNUNGEN

Es wäre vereinfachend zu sagen, dass die Ukraine dadurch so gespalten ist, dass sich diese Spannungen letztlich nur in einem Bürgerkrieg oder in einer Teilung des Landes auflösen ließen. Viele der russisch-sprechenden Ukrainer fühlen sich tatsächlich als solche und nicht als Russen. In der Hochburg der extremen ukrainischen Rechten – in Lwiv, dem ehemaligen Lemberg – verwenden andererseits an dem Erhalt von Einheit und Zusammenhalt der Ukraine engagierte Aktivisten demonstrativ die russische Sprache.

Es ist jedoch absehbar, dass bei einer Fortdauer von gewaltsamen Konflikten die inneren Spannungen stärker werden; dass man die blutige Geschichte für sich instrumentalisiert und aus politischer Opportunität die Geister der Vergangenheit ins Leben zurückholt. So, dass in dem jetzt nicht direkt unter russischem Einfluss stehenden, größeren Teil des Landes radikal nationalistische, anti-russische Kräfte tonangebend werden könnten. Russische Propaganda hat diese Gefahr in geradezu skurriler Weise aufgeblasen und in Russland bei vie-

len durchschnittlichen Konsumenten von Fernsehnachrichten den Eindruck erweckt, dass die russisch-sprechende Minderheit in der Ukraine schon jetzt durch Banden faschistischer Halsabschneider bedroht wäre. Dennoch sind selbst unsinnig aufgeblasene russische Befürchtungen nicht völlig ohne jede Grundlage. Die rechtsextreme, nicht bloß anti-russische, sondern auch anti-liberale, anti-westliche Partei »Swoboda«¹⁷ stellt zurzeit ein Viertel der Mitglieder und sogar den Vize-Premier der jetzigen Übergangsregierung.¹⁸

Auch das Europäische Parlament war beunruhigt, als diese Partei bei den ukrainischen Parlamentswahlen im Oktober 2012 recht gute Ergebnisse erzielen konnte. Das Europa-Parlament hatte die demokratischen Parteien der Ukraine damals in einer Resolution aufgefordert, nicht mit der Partei »Swoboda« zusammenzuarbeiten.

KONNTEN SIE NICHT IN SCHRANKEN WEISEN

Die Übergangsregierung und der neugewählte ukrainische Präsident Petro Poroschenko konnten diese extrem-nationalistischen Kräfte nicht in Schranken weisen. Entgegen dem im April-Abkommen gemachten Zusagen konnte sie nicht erwirken, dass diese Extremisten den von ihnen noch immer besetzten Maidan-Platz in Kiew räumen; sie konnte auch nicht verhindern, dass sich nun paramilitärisch organisierte ukrainische Nationalisten in das Kampfgeschehen um Donezsk und Lugansk einmischen und damit das Abgleiten in einen Bürgerkrieg wahrscheinlicher machen.

Hätte die Geschichte einen völlig anderen Verlauf genommen, falls solche »westliche« Fehler vermieden worden wäre; wenn man sich klarer von radikalen nationalistischen ukrainischen Bewegungen distanziert hätte; die Möglichkeit einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft nicht ins Auge gefasst hätte; und russische Interessen bei den Verhandlungen über ein EU-Freihandelsabkommen von vornherein berücksichtigt hätte? Hätte man durch eine andere Politik diese neuerliche Polarisierung verhindern können, bei der sich auf der einen Seite Russland und auf der anderen Seite Europa und die USA zunehmend misstrauisch und feindlich gegenüberstehen? Hätte man Russland wirklich voll und gleichberechtigt in einen sicherheitspolitisch und wirtschaftlich¹⁹ einheitlichen Raum »zwischen Wladiwostok und Vancouver« einbinden können?

In einer kurzen Zeit zu Beginn der Neunzigerjahre, zur Zeit Gorbatschows und in den ersten Jahren der Jelzin Regierung, bestand möglicherweise ein »Window of Opportunity«

eine kurzfristige Chance, ein solches Projekt tatsächlich zu verwirklichen. Dieses »Window of Opportunity« hat sich geschlossen. Russland verfolgt seither nicht länger prioritär das Ziel einer Eingliederung in vom »Westen« dominierte, politische oder wirtschaftliche Einrichtungen. Es stellt vielmehr der westlichen Dominanz das eigene »Eurasische Modell« entgegen, mit Russland als Kern und Hegemon einer sicherheitspolitisch und wirtschaftlich zunehmend geeinten Gruppe von Staaten, deren Interessen, Werthaltungen sich grundsätzlich von den »westlichen« unterscheiden sollten.

Aus einem potentiellen Partner ist unter Putins Führung ein Staat geworden, der nicht bloß abseits steht, sondern der trachtet, einen verlorenen Großmacht-Status wieder zu erlangen, und seinen Einfluss auch in aggressiver Weise auf das Gebiet des einstigen russischen Reiches auszudehnen. Das geschieht nicht erst seit den russischen Interventionen in der Ukraine. Das geschah auch schon früher; wie etwa:

- durch einen massiven Cyber-Angriff auf Estland;²⁰
- im Jahre 2009 durch Manöver, in denen eine Besetzung Polens und ein Nuklearangriff auf Warschau dargestellt wurde;²¹
- durch simulierte Attacken russischer Kriegsflugzeuge gegen Schweden;²²
- durch die Modernisierung seiner Armee und die Erhöhung der Militärausgaben auf etwas mehr als 4 Prozent des Nationalproduktes.²³ Dieser Prozentsatz liegt etwas über dem amerikanischen, weit vor dem Frankreichs und Großbritanniens (je 2,3 Prozent); und noch weiter vor dem für Deutschland (1,3 Prozent). Dem Stockholmer SIPRI zufolge haben sich in der Zeit zwischen 2004 und 2013 die Militärausgaben der zentral- und mitteleuropäischen Staaten um 6,5% verringert, während die Russlands sich im selben Zeitraum verdoppelt hatten.
- durch die Abtrennung Südossetiens und Abchasiens von Georgien und deren de-facto Angliederung an Russland;
- durch die fortdauernde Stationierung von russischen Truppen in dem gewaltsam von Moldawien abgetrennten Transnistrien, sowie durch die Entsendung des russischen Vizepremiers nach Transnistrien zur Entgegennahme einer Petition, mit der dieses Gebiet eine Eingliederung in Russland erbittet;
- durch die willkürlichen, eindeutig politisch motivierten Hemmnissen für Exporte von Agrarprodukten und Lebensmitteln aus Litauen, Moldawien und aus der Ukraine;
- und nicht zuletzt durch die politische Manipulation der

Anlieferung und der Preise von russischem Erdgas. Oft sind dabei rein wirtschaftliche Motive schwer von politisch/strategischen zu trennen. In einigen Fällen ist aber der Vorrang des politisch/strategischen offensichtlich: Etwa wenn Russland dem von ihm favorisierten ukrainischen Präsidenten Yanukowytsch einen niedrigen Preis für Erdgas in Aussicht stellt, um sodann nach dessen Absetzung und Flucht nach Russland von seinem Nachfolger wieder den alten, höheren Preis einzufordern.

ZUSAMMENHALT DES STAATES

Wegen ihrer langfristigen Auswirkungen viel schwerer als solche feindliche Einzelaktionen wiegt freilich die Änderung in der grundsätzlichen Stimmigkeit der russischen Politik. Der innere Zusammenhalt des Staates soll durch ein kraftvolles, selbstbewusstes, ja aggressives Auftreten gestärkt werden und Russland soll wieder den Respekt einfordern können, der einer Großmacht zu zollen wäre. Zwar kann man sich natürlich nicht so einfach von der Weltwirtschaft und ihren Mechanismen abkoppeln, doch soll der wirtschaftliche Einfluss des Staates erhöht und sollen »nationale« Unternehmen gestärkt werden.

In diesem neuen Russland soll sich eine durch Blut, Boden, Religion und Sprache bestimmte Volksgemeinschaft verwirklichen. Die Grenzen dieser Volksgemeinschaft decken sich nicht mit den völkerrechtlichen Grenzen Russlands. In gewissem Sinne ist Russland daher überall dort, wo Russen wohnen – etwa in der von V. Putin als »Neu-Russland« bezeichneten Ost- und Südukraine. Dementsprechend breit definiert Russland seine Schutzmachtfunktion für die in angrenzenden Staaten lebenden ethnischen Russen. Das geschieht nicht bloß in humanitärer Absicht. Das ist auch, und hauptsächlich, Ausdruck von Machtstreben.²⁴

Zwangsweise erinnert eine solche Politik an jene, welche in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts gängig war; die sich schließlich über alle durch Völkerrecht und Demokratie gesetzten Schranken hinweggesetzt hatte; und die den Weg in den Krieg geebnet hatte.

In diesem Sinne ist auch der Zuspruch wenig verwunderlich, der Putin aus dem Lager gleichgesinnter Europäer entgegenschlägt. Auch diese träumen ja von einem Rückzug aus Internationalisierung und der Europäischen Union hin zu Autarkie und Nation. Auch sie definieren Liberalität und Toleranz als Dekadenz; auch sie schüren Misstrauen gegen alles

Fremde, auch sie scharen sich um starke Führer; auch sie wollen das Europäische Einigungswerk schädigen oder überhaupt zerstören.²⁵ Das gilt für den Österreicher H. Strache²⁶ ebenso, wie für Frankreichs M. Le Pen, oder Ungarns V. Orban.

Wie soll die Europäische Union all dem begegnen? Zunächst dadurch, dass sie legitime russischen Interessen anerkennt, um damit umso klarer gegen nicht-legitime Ansprüche auftreten zu können. In diesem Sinne sollte die Europäische Union offen erklären, dass sie eine volle NATO-Mitgliedschaft der Ukraine weder anstrebt noch unterstützt. Zweitens sollte die Europäische Union noch einmal klar stellen, dass bei der Aushandlung der noch offenen Details eines Freihandelsabkommens mit der Ukraine die russischen Interessen berücksichtigt werden.²⁷ Die EU könnte sogar, so wie das der österreichische Außenminister getan hat, auch Russland den Abschluss eines Freihandelsabkommens in Aussicht stellen. Es würde damit eine Freihandelszone geschaffen, die eben nicht nur die Ukraine, sondern die auch Russland einschließt. Die Europäische Union sollte sich demonstrativ um eine durchaus noch mögliche Verbesserung der Lage der russischen Minderheit in den Baltischen Staaten bemühen.

All das wird Putin aber kaum dazu veranlassen, auf seine Großmachtträum zu verzichtend, sich wieder dem Westen zuzuwenden und nach engeren Anbindungen an diesen Westen zu suchen. Er wird die Politik fortsetzen, die sich für ihn bislang schon in der Ukraine bewährt hat. Er wird jede Möglichkeit zur Ausdehnung der russischen Machtsphäre wahrnehmen; dabei übergroße Risiken vermeiden, gelegentlich sogar Rückzieher machen, ohne dabei allerdings von seinem Ziel abzulassen, die Folgen von dem aufzuheben, was er selbst als die größte Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts bezeichnet hatte: nämlich den Zusammenbruch der Sowjetunion.

CONTAINMENT

Als Reaktion darauf ist Russland gegenüber eine Politik der Eingrenzung – des »containment« angebracht. Das darf nicht bedeuten, dass der Dialog abgebrochen wird; dass man sich in wichtigen Fragen nicht auch weiterhin um das Mitwirken Russlands bemüht, oder dass Kontakte zur russischen Zivilgesellschaft ausgedünnt werden. Aber das bedeutet:

- Eine Eskalation von Sanktionen in dem Maße, in dem Russland eine Politik der Ausdehnung seiner Machtsphäre vorantreibt.
- Absicherung der Europäischen Politik durch einen mög-

lichst festen Rückhalt in der OSCE und in den Vereinten Nationen; und Bemühen um ein neutrales Verhalten Chinas und Indiens; und natürlich auch Rückhalt bei, und Koordination mit den Vereinigten Staaten (wobei allerdings eine gewisse Umsicht²⁸ geboten ist).

- Gesten um dem Sicherheitsbedürfnis der Baltischen Republik und Polens entgegen zu kommen
- Verringerung der Europäischen Abhängigkeit von russischen Erdgas-Lieferungen, durch Mobilisierung anderer Bezugsquellen, durch Ausbau der Erdgaslager und der Erdgas-Netze, durch Erschließung neuer europäischer Gasquellen (»fracking«), durch Energiesparen und durch die Nutzung alternativer Energiequellen. Bei all dem muss allerdings in Rechnung gestellt werden, dass Europa selbst bei Ausschöpfung all dieser Möglichkeiten auf absehbare Zeit auf russisches Erdgas nicht völlig verzichten kann.

Und nicht zuletzt, und auch im Hinblick der erschütternden Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament: Stärkung des inneren Zusammenhaltes, der sozialen und demokratischen Identität der Europäischen Union.

BÜRGER- UND STELLVERTRETERKRIEG

Auf keinen Fall sollte sich Europa aber von Russland in die Falle einer militärischen Konfrontation locken lassen. Erstens verfügt Europa gar nicht über die dazu notwendigen militärischen Mittel und Instrumente. Zweitens würde auch ein durch europäische Hilfe verstärkter Einsatz ukrainischen Militärs den Widerstand der durch Russland unterstützten Rebellen nicht brechen, sondern einen Bürger- und Stellvertreterkrieg nur länger und blutiger machen. Und Drittens würde der Einsatz von europäischem Militär auch noch das offene Eingreifen Russlands provozieren.

Der wirksamste Wall gegen die russische Aggression ist vielmehr eine zunehmend wohlhabende, demokratische, multiethnische, multi-religiöse, militärisch paktfreie Ukraine. Sie zu schaffen – das wäre in erster Linie Aufgabe der ukrainischen Politik und dazu wäre noch viel zu tun. Die Ukraine ist zwar kein »gescheiterter Staat« (»failed state«). Aber die Fehler der zwanzig vergangenen Jahre lasten schwer auf dem Land und sind nicht leicht zu korrigieren. Nur die Ukraine selbst kann sich allmählich von dieser Last in eine bessere Zukunft befreien. Die Europäische Union kann das lediglich und so gut wie möglich unterstützen. Das wäre der wichtigste Part in einer europäischen Politik des »containment« russischer neo-imperialer Ansprüche.

In der leider nun unvermeidlichen Konfrontation mit Russland hat Europa langfristig ohnehin die besseren Karten. Mit seiner zunehmend vom Export von Erdöl und Erdgas abhängigen Wirtschaft, mit seiner schrumpfenden Bevölkerung, mit der Schwäche seiner politischen Institutionen und der Fragilität seiner Demokratie, wird Russland nie in der Lage sein, die ihm von Putin zugeschriebene Rolle als Großmacht und Gegenpol zu Europa tatsächlich wahrzunehmen. Früher oder später wird sich Russland wieder in das Netz gegenseitiger Abhängigkeit und damit gegenseitiger Zusammenarbeit eingliedern müssen.

Das entspräche seinen realen Interessen. Aber die Geschichte lehrt leider, dass eine solche Rationalität oft auf der Strecke bleibt, wenn es um nationale Identität und Macht geht.



THOMAS NOWOTNY

ist Jurist und war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Von 1970–1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983–1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der OECD in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im »Ruhestand« lehrt er »Internationale Beziehungen« an der Universität Wien.

1. Einmal protestierten nicht weniger als 800.000.
2. Einige der verummten und in Tarnanzügen gekleideten Männer trugen Schutzhelme dieser Sondereinheiten und Scharfschützengewehre, wie sie eben nur diesen Sondereinheiten (GRU Spetsnaz) zur Verfügung stehen. Putin hatte zunächst geäußert, dass solche russische Einheiten in das Geschehen involviert wären (»solche Tarnanzüge kann man ja jederzeit in Second-Hand-Shops kaufen«); hat sich dann später aber korrigiert und die Identität dieser verummten Gestalten als russische militärische Sondereinheiten bestätigt. Seiner Glaubwürdigkeit war das ursprüngliche Flunkern gewiss nicht zuträglich.
3. In letzter Zeit sind offenbar auch verstärkt aus dem Norden des Landes eingesickerte ukrainisch/ nationalistische paramilitärische Einheiten in die gewaltsamen Auseinandersetzungen verwickelt.
4. Wobei er zu dritten Mal auch angekündigt hat die russischen Truppen von der Grenze zurückzuziehen.
5. Pressemeldungen zufolge wurde auch nach den Wahlen solche Raketen aus Russland nachgeliefert.
6. Auf ähnliche Weise ist es ja auch dazu gekommen, dass Abchasien und Südossetien von Georgien abgetrennt und von Russland als Republiken anerkannt wurden.
7. Unter anderem auch unter Bruch des 1994 unterzeichneten »Budapester Abkommens« mit dem Russland im Gegenzug zum ukrainischen Verzicht auf Atomwaffen zugesagt hatte, die territoriale Unversehrtheit des Landes zu garantieren.

8. Russland fordert für diese Gebieten eine sehr weitreichende Autonomie. Sie sollte nach russischer Vorstellung nicht bloß die Verfügungsgewalt über Polizei und Militär beinhalten, sondern auch die Zuständigkeit für den Außenhandel. Ein Gebilde mit diesen umfassenden Kompetenzen kann wohl kaum noch als bloßer Teil eines Bundesstaates gelten. Über solche Kompetenzen verfügt normaler Weise nur ein souveräner Staat.
9. Natürlich ist es nicht zulässig, einem Drittstaat formell ein »droit de regard« zu Verhandlungen einzuräumen, welche zwischen der EU und einem Staat geführt werden. Aber dennoch hätte man Möglichkeiten finden können, die russischen wirtschaftlichen Interessen – deckungsgleich mit den Interessen eines großen Teils der Bevölkerung in der Ost-Ukraine – von vornweg zu berücksichtigen. Die beim letzten Treffen mit Russland gemachte Erklärung der EU, mit Russland »gemeinsam zu prüfen, wie verhindert werden könnte, dass sich das Abkommen mit der Ukraine negativ auf Russland auswirkt« ist wohl etwas recht Unverbindliches. Es rächt sich hier auch die dysfunktionale Aufgabenteilung in der Europäischen Kommission. Das Abkommen mit der Ukraine wurde vom dafür zuständigen »Erweiterungskommissar« verhandelt, obwohl gerade in diesem Fall die Hohe Beauftragte für die Außenbeziehungen – Lady Ashton – von Anfang an ein volles Mitspracherecht hätte haben sollen.
10. Laut Ukrayinska Pravda vom 3. Juli 2008 hätte der damalige russische Premierminister V. Putin bei einem Russland-NATO-Treffen erklärt, die Krim und die östliche Ukraine für den Fall zu besetzen, dass die Ukraine der NATO beitrifft. Öffentlich hatte Putin aber schon bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 in Aussicht gestellt, sich mit aller Entschiedenheit und allen Mittel einer weiteren Expansion der NATO entgegenzustellen. Er hat bei dieser Gelegenheit daran erinnert, dass Russland bzw der Sowjetunion anlässlich der deutschen Wiedervereinigung versprochen worden wäre »die NATO keinen Zentimeter weit nach Osten hin auszudehnen«. Von US-Seite wird dazu erklärt, dass sich diese Zusage nur auf das Gebiet der damaligen DDR bezogen hätte. Man muss dafür Verständnis haben, dass Russen die anders sahen und auch heute noch anders sehen.
11. Die NATO hätte auch einfach nicht die Kapazitäten, um die Ukraine militärisch gegenüber Russland zu verteidigen. Die historische Erfahrung sollte gegen Versprechen warnen, welche später nicht eingehalten werden können. Die NATO hätte auch Österreich nicht gegen eine Aggression der Sowjetunion/ des Warschau-Paktes verteidigen können. Daher war auch für Österreich die Option einer Neutralität rational und zweckmäßig.
12. NATO-Gipfel-Konferenz in Bukarest; April 2008
13. Siehe entsprechendes Interview des Ukrainischen Außenministers im »Standard«
14. Der amerikanische Historiker Timothy Snyder verpasste der Region dementsprechend die Bezeichnung von »Blut-Landen« (»bloodlands«)
15. Reste dieser Gruppierungen kämpften bis in die frühen 50er-Jahre als Partisanen gegen die Sowjetunion
16. Nach München geflüchtet, wurde er dort 1959 von sowjetischen Agenten ermordet. Der »prowestliche« ukrainische Präsident Juschtschenko verlieh im Jänner 2010 Bandera posthum den Titel eines »Helden der Ukraine«; eine Auszeichnung, die zwei Monate später von seinem Amtsnachfolger Yanukowytsch annulliert wurde.
17. »Swoboda« übersetzt sich mit »Freiheit«. Der Name wurde bewusst nach dem Vorbild der österreichischen Freiheitlichen gewählt.
18. Der noch radikalere »Rechte Sektor« stellt den stellvertretenden Direktor für nationale Sicherheit.
19. Ein Wirtschaftstraum zwischen »Vancouver und Wladiwostok« könnte natürlich nicht den selben hohen Integrationsgrad aufweisen wie die Europäische Union. Ein etwas aufgemöbeltes Freihandelsabkommen mit vielen gemeinsamen Projekten wäre hingegen sehr wohl eine realistische Option.
20. Er erfolgte offensichtlich in Reaktion auf die Entfernung eines russisch/sowjetischen Kriegerdenkmals. Eine Täterschaft des offiziellen Russlands ist nicht nachgewiesen; doch hat Russland die erbetene Hilfe bei der Ausforschung der Täter verweigert.
21. Operation »Zapad«, offensichtlich mit dem Ziel der Einschüchterung Polens in Antwort auf dessen Zustimmung zur Errichtung eines amerikanischen Raketen-Abwehrsystems (www.isn.ethz.ch vom 18. November 2009)
22. Involviert waren zwei (nuklearwaffentaugliche) »Backfire-Bombenflugzeuge begleitet von 4 Jagdflugzeugen. Der schwedische Luftraum wurde dabei allerdings nicht verletzt. Es handelt sich hierbei dennoch um einen Scheinangriff und damit um die Wiederaufnahme einer Praxis, die vorher mit dem Kalten Krieg geendet hatte (the aviationist, 23.4.2013).
23. In Schweden hat der Vorfall eine Diskussion darüber losgetreten, ob man den paktfreien Status gegen einen Mitgliedschaft in der NATO tauschen sollte. Auch die so erhöhten russischen Militärausgaben liegen mit rund 88 Milliarden US-Dollar damit aber noch immer beträchtlich unter denen der USA (640 Milliarden US-Dollar)
24. In der OSCE setzt sich Russland nunmehr verstärkt für die in Estland und Lettland lebende russischsprachige Bevölkerung ein – viel vehementer als diese Bevölkerung selbst, deren Lage sich – nicht zuletzt auch infolge der EU-Einwirkungen auf Lettland und Estland – stark verbessert hatte. Es ist wohl nicht verwunderlich, dass die beiden Baltischen Staaten einen Bedrohung darin erblicken, wenn Russland die Lage der russischsprachigen Bevölkerung nun international thematisiert.
25. Beleg für diese »unheiligen Allianz« zwischen der europafeindlichen Russischen Rechten und ihrem Gegenstück in Westeuropa ist das am Wochenende vom 1. Juni 2014 im Wiener Palais Liechtenstein abgehaltene, zunächst geheim gehaltene Treffen zwischen diesen beiden Gruppen. Der FPÖ-Führer H. Strache war einer der Teilnehmer.
26. Er hat V. Putin als »lupenreinen Demokraten« bezeichnet.
27. Ohne Russland dadurch ein Vetorecht in diesen Verhandlungen einzuräumen. Es gibt diplomatische Wege um die russischen Interessen zu schützen auch ohne dass die durch ein russisches Veto geschieht.
28. Die durch ihren Sager »fuck the EU« notorisch gewordene, im amerikanischen Außenministerium für die Beziehungen zur EU und zu Russland zuständige »Assistant Secretary of State« Victoria Nuland war einst Sicherheitsberaterin des für die gesamte Welt unglückseligen US-Vizepräsidenten Dick Cheney. Sie ist verheiratet mit dem als neokonservativen Falken bekannten Robert Kagan (»The New American Century«), und hat in einem Buch den NATO-Beitritt der Ukraine befürwortet. (Was zur Reflektion darüber motivieren könnte: »With friends like this – who needs enemies.«)



GARRY WINOGRAND
WOMEN ARE BEAUTIFUL
WESTLICHT

Antimuslimischer Rassismus als soziales Verhältnis

Das Feindbild Islam ist in Österreich fest verankert und scheint sich im politischen, medialen und gesellschaftlichen Diskurs fast normalisiert zu haben. Fanny Müller-Uri erklärt, warum dieses Feindbild mit Rassismus verbunden ist, thematisiert seine Funktionsweise und zeigt mögliche Anknüpfungspunkte für antirassistische Politik auf.

Gegenwärtig lässt sich eine Konjunktur antimuslimischer Stereotype, Bilder und Diskriminierungspraktiken feststellen. Diese zieht sich nicht bloß durch das gesamte politische Spektrum, sondern auch durch alle Klassen. Ist es nicht verrückt, wenn von der extremen Rechten über die bürgerliche »Mitte« bis hinein in die Linke Gemeinsamkeiten auftreten? Eine Besonderheit, die im Fall des antimuslimischen Rassismus vielerlei Leuten Kopfzerbrechen bereitet.

Dabei geht es nicht um »Kultur«, »den Islam« oder um die Ablehnung religiöser Praktiken. Es geht um Rassismus. Das ist nicht einfach eine Behauptung, die strategisch eingesetzt wird, um zu polarisieren oder Rassismus durch einen inflationären Gebrauch als Begriff aufzuweichen. Auch nicht, um zu übertreiben, weil Rassismus von den meisten Leuten zum Glück als etwas Verwerfliches betrachtet wird, sondern weil Rassismus als soziales Verhältnis in viele Strukturen dieser Gesellschaft eingeschrieben und ganz unterschiedlich in Erscheinung treten kann.

Die Geschichte des antimuslimischen Rassismus in Österreich ist eng verwoben mit der Debatte um Integration und lässt sich um eine weitere Dimension, nämlich einer gewissen Kulturalisierung sozialer Problemlagen und geopolitischer Veränderungen, wo es immer wieder um einen »Kampf der Kulturen« geht, verbinden. Bevor der Rassismusbegriff eingeführt werden soll, lohnt es sich, einen Blick in die Entstehungsgeschichte dieser Phänomene zu werfen. Denn nicht erst seit den Anschlägen vom 11. September 2001 beginnt eine verstärkte Diskriminierung von MuslimInnen, sondern antimuslimische Denkfiguren und Diskriminierungspraktiken gehen historisch bis über die Zeit der Kreuzzüge zurück. An

dieser Stelle soll allerdings ein vergleichbar kleineres Zeitfenster aufgemacht werden, und zwar die letzten 50 Jahre beginnend mit der so genannten »Gastarbeiter-Ära«.

MigrantInnen wurden damals noch viel weniger aufgrund religiöser oder kultureller Eigenschaften diskriminiert, sondern nach Herkunft und ihrer ökonomischen Funktion: als »Konjunkturpuffer« im Nachkriegsboom bzw. als ArbeiterInnen – zumeist zweiter Klasse. Mit der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre ändert sich hier etwas in den Migrationspolitiken und der Medienberichterstattung. Als Beispiel können drei Prinzipien hervorgehoben werden: der »Zuzugsstopp«, die »Rückkehrförderungen« und das Auftauchen von Integration als zentralem Schlagwort. Letzteres ist besonders paradox, weil Integration zuerst eine politische Antwort darauf war, dass die internationalen Arbeitskräfte in Österreich anfangs als temporäre ArbeiterInnen verstanden wurden – im Sinne eines Rotationsprinzips – auch von sich selbst. Integration galt demnach als Antwort auf die Erkenntnis, dass viele ArbeiterInnen hier bleiben würden und damit auch Forderungen nach gleichen sozialen Rechten (Sozialversicherung, Wohnraum, [Sprach] Bildung etc.) gestellt haben.

Genau jene sozialen Kämpfe werden nun in den 1970er und 1980er Jahren in parteipolitischen Konzepten von Integration aufgegriffen, um 180 Grad und zu »kulturellen« Anforderungen und Anpassungsleistungen gewendet. Dadurch, dass das auch immer mit Sanktionen, Disziplinierungsmaßnahmen und Kontrollen verbunden ist, gelingt es daraus Integrationsprobleme abzuleiten. Diese Stigmatisierung thematisiert nun schon seit Jahrzehnten »kulturelle Differenz« als Nicht-Anpassungsfähigkeit und verunmöglicht es auch MigrantInnen der 2. und 3. Generation jemals hier anzukommen, weil sie immer

noch als fremd und kulturell anders dargestellt werden. Diese Kulturalisierung in den Integrations- und Migrationspolitiken nimmt seit den 1980er Jahren einen zentralen Raum ein und lässt neben Diskriminierungen aufgrund von Herkunft und Nation auch immer mehr Ausgrenzungspraktiken aufgrund von Kultur und Religion zu.

WARUM NUN AUSGERECHNET MUSLIMINNEN?

Eine verstärkte Verschiebung möglicher Ausgrenzungsmöglichkeiten erklärt sich noch nicht alleine aus Veränderungen in Integrations- und Migrationspolitiken. Es müssen dazu auch internationale Entwicklungen mitgedacht werden. Zentrale Anknüpfungspunkte sind hier beispielsweise die Iranische Revolution 1979 oder später das Ende des Kalten Krieges 1989/90 oder die späteren Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren sowie die europäische Integration und Erweiterung (Schengen; für Österreich auch im Kontext des EU-Beitritts). Migration wurde nun im öffentlichen Diskurs verstärkt als Problem der inneren Sicherheit (»Ausländer als Kriminelle«) thematisiert – was nicht zuletzt in der Kompetenzverlagerung migrationspolitischer Fragen ins Innenministerium zum Ausdruck kommt.

Die Verknüpfung der Gefahren- und Sicherheitsperspektive mit Migration, kulturalistischen Abgrenzungsstrategien und ökonomischem Nützlichkeitskalkül wird auch in den Gesetzestexten explizit, wenn von einer »sozialen, kulturellen und ethnischen Verträglichkeitsgrenze« die Rede ist. Dabei wurden fast wortwörtlich Forderungen der Rechten aufgegriffen. So formulierte etwa die FPÖ 1992 in ihren »Ausländer-Halt-Programmen«: »Die Grenze der Zuwanderung müsse sich an der sozial, kulturellen und ethnischen Verträglichkeit der Ausländer mit den Österreichern orientieren.«

Zugleich gab es unmittelbare Konsequenzen seitens der kriseninduzierten Reorganisation der Arbeitsverhältnisse und Produktionsprozesse (Umstrukturierung und Niedergang der industriellen Sektoren mit hohem migrantischen Beschäftigungsanteil), infolge derer viele migrantische Arbeitskräfte ihre Jobs verloren und in Prekarität und/oder Illegalität gedrängt wurden. An der grundsätzlichen Verkopplung restriktiver Kontrolle des »Neuzuzugs« und des Integrationsimperativs gegenüber den »inländischen Ausländern« hat sich bis heute nichts geändert. Allerdings gilt mittlerweile Integration schon beinahe als »Synonym für Migration«. Das hat mithin damit zu tun, dass auch konservative Kräfte, die noch in den 1980er Jahren die Mehrheit der ehemaligen Gastarbeiter rück-

führen wollten, im Integrationsbegriff eine Möglichkeit sehen, ihre migrationspolitischen Vorstellungen adäquat zu artikulieren. Selbst wenn nun »politisch-korrekt« von »Menschen mit Migrationshintergrund« die Rede ist, dann klingt auch hier immer noch die kulturalistische Markierung der Nicht-Zugehörigkeit an.

Wichtig ist jedenfalls, dass bestimmte Bilder und Denkfikturen, die international immer stärker in einem »Kampf der Kulturen« politisiert wurden, sich an die stärker kulturalistisch gedachten Migrations- und Integrationsdebatten im Inland anknüpfen und verschränken ließen. Auf diese Weise wurde es möglich, dass MigrantInnen, die als MuslimInnen adressiert wurden, nun mit jenen Projektionen verbunden wurden, die mit beispielsweise der Iranischen Revolution in Verbindung gebracht werden. Aus dieser Zeit stammt die medial ausgeschlachtete Figur der »gefährlichen Nachbarn als Schläferzelle« oder der »unterdrückten Frau mit Kopftuch« – alles Projektionen, die mehr über jene aussagen, die das behaupten, weil dadurch das eigene Selbst immer als besser und fortschrittlicher in Abgrenzung zu etwas Rückständigem dargestellt werden kann.

WARUM NUN RASSISMUS?

Unklarheit besteht nun noch, warum hier von Rassismus gesprochen wird. Das liegt unter anderem an der unterfinanzierten Rassismusforschung, die immer noch als vorparadigmatisch gilt, d. h. dass ihr Gegenstand nicht einheitlich definiert ist: Geht es um Vorurteile oder allgemeine Fremdenfeindlichkeit? Wenn nicht nur das, wie lässt sich dann struktureller oder institutioneller Rassismus erklären? – In erster Linie müssen die jeweiligen (historischen) gesellschaftlichen Verhältnisse immer mitgedacht werden. Schritt für Schritt kann dann festgestellt werden, dass »Rasse« nicht existiert, also eine soziale Konstruktion ist und damit schon einen Effekt von rassistischen Verhältnissen beschreibt, der nur aufgrund von Rassismus überhaupt gedacht werden konnte.

Das bedeutet zum einen, dass Rassismus eine Ideologie ist. Auf dieser Ebene erfolgt die Einteilung in ein »Wir und Sie«, wo Unterschiede/Differenzen mit sozialen, kulturellen und natürlichen Merkmalen verknüpft und amalgamiert werden. RassistInnen behaupten dann, aus natürlichen Merkmalen kulturelle Eigenschaften ableiten zu können, obwohl die Legitimation dieser Behauptung genau umgekehrt aufgebaut ist: Rassismus geht immer von behaupteten kulturellen Unterschieden aus, die sich tendenziell in körperlichen und natürli-

chen Merkmalen ausdrücken sollen. In jedem Rassismus – historisch wie gegenwärtig – steckt immer ein kultureller Kern.

Die Konsequenz für antimuslimischen Rassismus daraus ist nun, dass sich kulturelle Differenzen zwar tendenziell an körperlichen Merkmalen festmachen sollen, es aber der rassistischen Diskriminierung keinen Abbruch tut wenn das nicht möglich ist. Dann braucht Rassismus Strategien zur künstlichen Sichtbarmachung, wie beispielsweise das Kopftuch oder erfindet einfach unvereinbare kulturelle oder religiöse Differenzen.

Deshalb hängt der Rassismus zum einen nicht am »Rasse«-Begriff und auch nicht am »Rasse«-Begriff als soziale Konstruktion, sondern hat sich je nach historischer Entwicklung ganz unterschiedlicher Legitimationsstrategien bedient. Deswegen kann man unterschiedliche Rassismen unterscheiden, die für Österreich jeweils unterschiedliche historische Entwicklungen haben und unterschiedlich in Erscheinung treten (z. B.: Hautfarbenrassismus, anti-migrantischer Rassismus, Antisemitismus, Rassismus gegen Roma und Sinti, antimuslimischer Rassismus etc.). Das Gemeinsame dieser Rassismen ist dann nicht notwendigerweise deren spezielle historische konkrete Entstehung und Auswirkung, sondern deren Funktionsweise als soziales Verhältnis. Denn in der imaginären Grenzziehung zwischen »Wir und Sie« werden Spaltungen im »Wir« aufgelöst und in diskriminierenden und ausgrenzenden Praktiken (wie der Arbeitserlaubnisverweigerung) ganz real.

FUNKTIONSWEISEN – ABGRENZUNG NACH AUSSEN UND NACH UNTEN

Um Rassismus zu verstehen und zu bekämpfen, reicht es nicht, nur auf der Ebene von dessen Effekten, Bildungsprogramme zum Vorurteilsabbau einzufordern. Es muss vor allem sein konstitutives Element und seine Funktionsweise im Prozess klassenspezifischer Vergesellschaftung untersucht werden. Besonders in Zeiten des Rückbaus sozialer Sicherungssysteme, verallgemeinerter Erfahrungen prekärer Lebensverhältnisse und der tendenziellen Aushöhlung demokratischer Mitbestimmung, stellt der Rassismus – und gegenwärtig vor allem der antimuslimische Rassismus – eine Form der Stabilisierung unsicherer Verhältnisse und autoritärer Krisenbearbeitung dar. Und zwar durch Spaltungsprozesse, die dazu beitragen, den Blick immer auf etwas Anderes in der Gesellschaft zu richten, um Widersprüche zu kaschieren. Der rassistische Fingerzeig auf das Andere geschieht aber nicht nur von oben, oder zieht sich durch alle politischen Lager von rechts nach links,

sondern im antimuslimischen Rassismus laufen auch Interessenslagen unterschiedlicher Klassen in einer fragilen Allianz zusammen. So auch innerhalb der ArbeiterInnenschaft.

Sehen kann man das momentan in der politischen Abgrenzung zu einem »muslimisch Anderen« – das als solches gar nicht existiert – von einem angeblichen »Wir«, das über die Parolen der gemeinsamen »Kultur und Werte« ein kollektives Identifikationsangebot machen will. Erstaunlich dabei ist nicht nur, dass diese Debatten über ein »kulturelles abendländisches Wir« von rechter Seite über die Integrationspolitik geschürt wurden und die Sozialdemokratie auf dieses Pferd aufgesprungen ist. Die SPÖ und die Gewerkschaften haben schon vor über zwei Jahrzehnten Vorstellungen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität in einem allgemeinen neoliberalen Sprech der »Unternehmer und Verwertbarkeit seiner Selbst« aufgelöst. Diese Verklammerung zu neoliberalen Umstrukturierungen und dem allgemeinen Trend zu Eigenverantwortung gegenüber der Solidarität unter ArbeiterInnen gilt dabei als ein Indiz dafür, dass Rassismus mehr als nur eine persönliche Eigenschaft ist und nicht losgelöst von allgemeinen Krisenprozessen betrachtet werden kann.

Die staatliche Migrations- und Sozialpolitik kann diese Entwicklungen nun schon seit Jahren aufgreifen und soziale Fragen kulturalistisch und nationalistisch überformen. Dabei werden Krisenerfahrungen, Erfahrungen sozialer Unsicherheit und Abstiegsängste bestimmter Bevölkerungsteile aufgegriffen. Das sind klarerweise Erfahrungen, die während der letzten Jahrzehnte neoliberaler Politik erst erschaffen bzw. durch die jüngsten Wirtschaftskrisen noch verstärkt wurden. Seitens der Politik werden jene Erfahrungen aufgegriffen und in Form eines rassistischen Sicherheitsdiskurses und in Form von nationalistischen Forderungen umgearbeitet.


KONSTRUKTION EINER »GEMEINSCHAFT DER FLEISSIGEN«

Die rassistische Rede der »Nichtintegrierbaren« ermöglicht die Konstruktion einer »Gemeinschaft der Fleißigen« und verschiebt über die Rede von »Sozialstaatsmissbrauch« die Krisenursachen auf die sozial Schwachen. Parallel dazu kann über antimuslimischen Rassismus die ArbeiterInnenschaft insofern gespalten werden, indem soziale Problemlagen unter Verweis auf die »Integrationsverweigerung« von Menschen mit vermeintlich muslimischen Glauben kulturalisiert wird. Diese Abgrenzung »nach unten« wird durch eine nationalistische und kulturalistische Abgrenzung über repressive Asyl- und

Migrationspolitiken »nach außen« dann noch gedoppelt. Die Verklammerung von ökonomischen Nützlichkeitsdebatten und kulturalistischen Migrations- und Integrationspolitiken erlauben einerseits, zwischen »unerwünschter Migration« und der »erwünschten« Anwerbung »hochqualifizierter«, »integrierbarer« Arbeitskräfte aus dem Ausland zu unterscheiden, und gleichzeitig soziale Konflikte in Probleme der »Integrations- und Leistungsverweigerung« in migrantischen »Parallelgesellschaften« rassistisch zu übersetzen.

FRAGEN AN DIE ZUKUNFT

Die zentrale Herausforderung antirassistischer Politik besteht darin, Kämpfe gegen rassistische Exklusion und für soziale Rechte zu verknüpfen. Das kann konkret bedeuten, Gewerkschaften als zentrale soziale Institution aufzurufen, Effekte rassistischer Politik stärker in ihrem Bildungsprogramm zu verankern, aber darüber hinaus auch politische Bündnisse mit der antirassistischen Bewegung einzugehen. Es kann aber auch heißen, im Kern an den gewerkschaftlichen Strukturen zu arbeiten und sie an ihre ehemaligen solidarischen Grundfesten zu erinnern.

Dazu muss die Perspektive der Bildungsarbeit über eine Anti-Vorurteilsarbeit und Alltagsrassismus-Aufklärungsarbeit hinausgehen und auf jene enormen rassistischen Spaltungsprozesse innerhalb der österreichischen ArbeiterInnenbewegung ausgeweitet werden. Dabei stellt sich bei antimuslimischem Rassismus nicht bloß die Frage nach der Konkurrenz inländischer und ausländischer Arbeitskräfte und der Migrationspolitik, sondern nach dem politischen Fundament und den Strukturen, auf denen die österreichischen Gewerkschaften bauen, die Religion nicht zum politischen Problem erheben. Zentrale Bezugspunkte für die ArbeiterInnenbewegung heute liegen deshalb nicht in der Erneuerung des Islamgesetzes, sondern im Ausbau der Forderungen jener Lernprozesse, die im Zuge des Internationalismus der Gewerkschaften einen Anfang gefunden hatten, und darin, sich weder durch antimigrantischen oder antimuslimischen Rassismus spalten zu lassen. 

FANNY MÜLLER-URI

ist Rassismusforscherin, politische Aktivistin und Autorin
des Einführungsbuchs »Antimuslimischer Rassismus«, erschienen
im Mandelbaumverlag 2014.





GARRY WINOGRAND
WOMEN ARE BEAUTIFUL
WESTLICHT

Die künstliche Identitätsdebatte

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zum französischen Gesetz über das Burka-Verbot bildete Anfang Juli den Schlusspunkt einer vom ehemaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy verantworteten Farce. Ludwig Dvořak analysiert in seinem Beitrag die politischen Hintergründe dieses Gesetzes und zeigt, dass es Teil von Sarkozys gescheitertem Versuch war, mit rechter Stimmungsmache den Front National einzubremsen. Die Nachahmung dieser Strategie erscheint in Hinblick auf die Erfolge der französischen Rechtsextremen wenig empfehlenswert.

Als Nicolas Sarkozy 2007 zum Präsidenten gewählt wurde, waren dafür zwei Faktoren ausschlaggebend: Obwohl jahrelang selbst in der Regierung, gelang es ihm, sich als frische Alternative zum bis dahin regierenden konservativen Präsidenten Jacques Chirac zu präsentieren. Mit dem Versprechen, der »Präsident der Kaufkraft« zu werden, empfahl er sich etwa als soziale Alternative zum bisherigen Regierungskurs. Zum anderen versuchte er, mit der Übernahme von rechter Rhetorik und Positionen Stimmen vom rechten Rand auf Kosten des Front National (FN) zu binden. Auf die im wahrsten Sinne des Wortes brennenden sozialen Probleme der Pariser Vororte hatte er z. B. als Innenminister mit harter Polizeirepression und der Ankündigung, die banlieus »mit dem Kärcher säubern« zu wollen, reagiert. Gleichzeitig hatte er begonnen, vage bleibende »französische Werte« der angeblichen Störung eben dieser durch muslimische ZuwandererInnen gegenüberzustellen und so FN-WählerInnen zu umwerben.

Der Wahlerfolg 2007 bestärkte Sarkozys Lager, diese Strategie weiter zuzuspitzen, umso mehr, als sich nach zwei Jahren im Amt der Eindruck verstärkte, dass »Sarko« nur der »Präsident der Kaufkraft« der oberen 10.000 war, auf deren Yachten ihn Paparazzi mit und ohne Carla Bruni ablichteten. Zeitgerecht vor den Regionalwahlen im März 2010 lancierte seine Regierung daher im Herbst 2009 eine »Debatte über die nationale Identität« Frankreichs. Abseits der skurrilen ministeriellen Vorstellung, jeder Franzose müsse einmal jährlich die Nationalhymne singen,¹ geriet die Debatte entgegen der regierungsamtlichen Beteuerungen, zu einer Schlammschlacht in Sachen Immigration mit rassistisch motivierter Schlagseite.² Doch die

wahltaktischen Erwartungen erfüllten sich nicht,³ die Linke entschied den Urnengang im März 2010 klar für sich.

BURKA- STATT EURO-KRISE

Während Griechenlands Budgetnöte im Gefolge der Finanzkrise und die daraus resultierende Destabilisierung des Euro-Raums in ganz Europa Thema wurde, setzte Sarkozy in Frankreich andere Schwerpunkte: Die Burka und ihr Verbot in der Öffentlichkeit rückte in den Blickpunkt der Tagespolitik. Als »surreal« bezeichnete es die Parteichefin der französischen SozialistInnen, Martine Aubry, dass sie als Oppositionsführerin zu Konsultation über die Burka ins Palais Matignon, dem Sitz des Premierministers, geladen werde, während Euro-Krise und Budgeteinschnitte in Frankreich als Thema ausgespart blieben.⁴ Doch im Kontext der politischen Strategie Sarkozys hatte der Wahnsinn durchaus Methode: Wie kein anderes Thema eignete sie sich, die verunglückte Identitätsdebatte zu reanimieren. Als Symbol eines ultra-reaktionären und frauenfeindlichen religiösen Fanatismus war die Burka der optimale Ansatzpunkt, um Ängste vor Frankreichs islamistischer Unterwanderung zu schüren, von anderen Themen abzulenken und die Linke unter Druck zu bringen. Denn der Einwand, dass die Stärkung von Frauenrechten v. a. in der Beseitigung sozialer Abhängigkeiten anzusetzen habe und ein symbolisches Verbot für die Betroffenen nichts ändere, erwies sich als ebenso schwer kommunizierbar wie die rechtlichen Einwände des Staatsrates in seinem im Auftrag der Regierung erstellten Rechtsgutachten.⁵

Im Oktober 2010 verabschiedete das Parlament das Verbot: Die Verhüllung des Gesichts wurde verboten, Verstöße

mit Geldstrafe und der Verpflichtung zur Absolvierung eines Staatsbürgerschaftskurses geahndet. Das Gesetz trat im April 2011 in Kraft. Dass Sarkozy unter positiver Bezugnahme auf das christliche Erbe Frankreichs im Frühjahr 2011 mit einer angeblichen »Laizitätsdebatte« eine neue Runde der Islam-Diskussion lostrat, passt gut ins Bild des Gesetzes, mit dem sich nun auch die RichterInnen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg herumzuschlagen hatten.⁶ Eine Französin fühlte sich durch das Verbot u.a. in ihrem Recht auf Schutz des Familien- und Privatlebens und ihrem Recht auf freie Religionsausübung verletzt und wandte sich an den EGMR, dessen Große Kammer am 01.07.2014 feststellte, dass die Europäische Menschenrechtskonvention nicht verletzt worden sei.⁷

DAS EGMR-URTEIL

Auch wenn etwa die FPÖ in Österreich das Urteil als Aufforderung für eine Burka-Debatte begreift, ist die 69-seitige Entscheidung aber alles andere als ein Plädoyer für ein »Burka-Verbot« nach französischem Vorbild. Das Urteil zerpfückt juristisch weitgehend das politische Manöver, wollte aber offenbar auch den Eindruck vermeiden, ausgerechnet in der Frage der Burka eine Abkehr von der bisher geübten Tradition der Nichteinmischung des EGMR in Fragen der Organisation des Verhältnisses von Religion und Staat vorzunehmen.

Der EGMR sah grundsätzlich die angesprochenen Rechte als vom französischen Verbot berührt an und beschäftigte sich v. a. mit der Frage, ob Gründe im Sinne der EMRK vorliegen, die eine Einschränkung rechtfertigen. Das Argument, das Verbot diene der öffentlichen Sicherheit, ließ der EGMR nicht gelten. Dieses Ziel erfordere kein Totalverbot der Gesichtshüllung. Er konzentrierte sich daher auf die Frage, ob der »Schutz der Rechte und Freiheiten anderer« das Verbot rechtfertige. Diese Prüfung erfolgte unter drei Aspekten: dem Respekt vor der Gleichheit von Männern und Frauen, der Menschenwürde und dem Respekt für das Zusammenleben.

Die beiden ersten Argumente verwarf der EGMR mit der gleichen Begründung, mit der auch der französische Staatsrat bereits seine Zweifel an den Gesetzesplänen angemeldet hatte: Zwar seien diese Ziele grundsätzlich geeignet, Einschränkungen der Konventionsrechte zu begründen und sei die Bestrafung von Personen, die Zwang oder Druck ausübten, die Burka zu tragen, rechtfertigbar; Der Schutz der Gleichberechtigung versage aber dort als Rechtfertigungsgrund, wo

eine Frau, wie im Anlassfall, aus eigenen Stücken die Verletzung ihrer Konventionsrechte geltend mache.

Der Strohalm, an dem sich der EGMR schließlich klammert, um nicht als Erfüllungsgehilfe ultra-reaktionärer Kräfte dazustehen, ist der »Respekt für das Zusammenleben« als Ausdruck des Schutzes der Rechte und Freiheiten anderer, in dem er den Rechtfertigungsgrund für das französische Verbot erkennt. Eine Gesichtshüllung erschwere es anderen, mit den Verhüllten in Kontakt zu treten. Die Vermeidung dieser Beeinträchtigung der Rechte anderer könne Frankreich im Rahmen des, wie der EGMR betont, in diesen Fragen sehr weiten Ermessensspielraum nutzen. Dieser Auslegung widersprachen die deutsche und schwedische Richterin in einer gemeinsamen abweichenden Stellungnahme: Es sei nicht erkennbar, welche Konventionsrechte von Personen, die verhüllten Menschen begegnen, beeinträchtigt würden, wenn die Kommunikation mit den Verhüllten durch mangelnden Sichtkontakt erschwert sei. Die Entscheidung der Mehrheit der Großen Kammer impliziere einen Rechtsanspruch, mit anderen, auch gegen deren Willen, in Kontakt zu treten, was die beiden Richterinnen als unvertretbar ansehen.

Während der EGMR also mit einem »Kunstgriff« die Regelung als konventionskonform qualifizierte, distanziert sich auch die Mehrheit der Großen Kammer unmissverständlich vom Polit-Zirkus Marke Sarkozy: »Es steht dem Gerichtshof offenkundig nicht zu, zu entscheiden, ob Gesetzgebung in diesem Bereich wünschenswert ist. Es ist jedoch zu betonen, dass ein Staat, der einen Gesetzgebungsprozess dieser Art startet, das Risiko eingeht, zur Verfestigung von Stereotypen beizutragen...und zur Äußerung von Intoleranz zu ermutigen...«⁸


POLITISCHE PROFITEURE DER DEBATTE

Juristisch ist das Burka-Verbot möglicherweise das nachhaltigste Erbe der Ära Sarkozy. Politisch steht es symbolisch für das Scheitern einer Strategie, mit der Orientierung an rechten Parolen und Debatten in den Wettbewerb mit rechtsextremen Parteien zu treten. Die rhetorische Übereinstimmung hat auch in der WählerInnenschaft der konservativen UMP Spuren hinterlassen und den FN salonfähig gemacht: Legten Frankreichs Gaullisten unter Jacques Chirac noch Wert auf eine klare Abgrenzung zu Frankreichs Rechtsextremen, sahen 2012 jeweils fast die Hälfte der WählerInnen von Sarkozys UMP und Le Pens FN nur geringe Unterschiede im politischen Programm der beiden Parteien.⁹ 83% der UMP-WählerInnen

und 98% der FN-WählerInnen stimmten 2012 darin überein, dass in Frankreich zuviele ImmigrantInnen leben, 81% der UMP-WählerInnen und 94% der FN-WählerInnenhielten den Islam mit den »französischen Werten« für unvereinbar. Davon profitierte bei den Wahlen v.a. der Front national – 2012 unterlag Sarkozy nicht zuletzt deshalb François Hollande, weil Marine Le Pen das historisch beste Ergebnis für Frankreichs Rechtsextreme erzielen konnte. 2006, vor Sarkozys Präsidentschaft, war die Zustimmung zu solchen Aussagen unter UMP-WählerInnen noch deutlich geringer, was Sarkozys Politik auch als Beitrag zu Herausbildung einer »hybriden Rechten« erscheinen lässt.¹⁰

POLITISCHE ALTERNATIVEN

Unverständlich ist es daher, wenn in Österreich grüne Parlamentsabgeordnete auf Sarkozys Spuren wandeln und sich an einer Debatte über ein Phänomen beteiligen, das faktisch nicht existiert (oder ist schon irgendjemandem eine vollverschleierte öffentliche Krankenschwester begegnet?), das aber verständlicherweise Emotionen auslöst. Es steht außer Frage, dass die Linke den Kampf für Gleichberechtigung und gegen religiösen Extremismus auch dort zu führen hat, wo kulturalistische Argumentationen diese rechtfertigen sollen. Eine Verbotsdebatte, die im Fahrwasser eines rechten Diskurses Beifall erheischt, verschiebt allerdings nur die Diskursebene nach rechts und trägt in keiner Weise zu Gleichheit und Emanzipation bei.

Es ist berechtigt und notwendig, sich über Segregation in der Gesellschaft Gedanken zu machen. Wer dieser wirksam entgegenwirken will, für den bietet sich die radikale Umsetzung klassischer sozialdemokratischer Politiken an: Ein starkes, rein öffentliches und säkulares Bildungs- und Betreuungssystem anstelle konfessioneller Bildungseinrichtungen; Herstellung von Vollbeschäftigung und Integrationsmaßnahmen am Arbeitsmarkt, die rassistischer Ausgrenzung entgegenwirken; forciertes öffentlicher Wohnbau bei gleichzeitiger Senkung des privaten Mietniveaus, um die soziale Durchmischung zu fördern. Und nicht zuletzt eine umfassende Politik der Geschlechtergleichstellung, die soziale, politische und ökonomische Machtungleichgewichte korrigiert. Eine Ethnisierung sozialer Verhältnisse ist demgegenüber eine untaugliche Alternative. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist Gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. http://www.liberation.fr/politiques/2009/10/25/eric-besson-veut-un-debat-sur-les-valeurs-de-l-identite-nationale_589957
2. <http://decodeurs.blog.lemonde.fr/2010/01/07/identite-nationale-le-debat-sest-bien-focalise-sur-limmigration/>
3. <http://www.welt.de/politik/ausland/article5081865/Sarkozy-startet-Debatte-um-nationale-Identitaet.html>
4. <http://fr.reuters.com/article/idFRPAE64AoCX20100511>
5. http://www.lemonde.fr/societe/article/2010/05/14/burqa-le-conseil-d-etat-contesterait-une-interdiction-totale_1351345_3224.html
6. <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/nicolas-sarkozy-auf-identitaetsuche-1611666.html>
7. [http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-145466#{}>itemid«:\[»001-145466«\]»](http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-145466#{}>itemid«:[»001-145466«]»)
8. EGMR U 01.07.2014, S.A.S. gegen Frankreich, Nr 43835/11, Z 149.
9. <http://www.csa.eu/multimedia/data/sondages/data2012/opi20120411-la-course-2012-vague-22-avril-2012.pdf>
10. <http://library.fes.de/pdf-files/id/10640.pdf>



GARRY WINOGRAND
WOMEN ARE BEAUTIFUL
WESTLICHT

Garry Winogrand
New York, 1965
© Garry Winogrand, courtesy
of Lola Garrido Collection

Vermögenssteuern: Gerecht und ökonomisch notwendig

Otto Farny reagiert auf den Beitrag von Caspar Einem und Sylvia Krieger-Einem in ZUKUNFT 05/2014 und widerspricht ihren Thesen zu Vermögenssteuern entschieden.

Im Artikel «Gerechte Steuern» plädieren Caspar Einem und Sylvia Krieger-Einem dafür, keine Erbschafts- und Schenkungssteuer und keine Vermögensteuer einzuführen, da diese ein Eingriff in das Eigentum seien und deshalb verfassungswidrig seien. Stattdessen schlagen sie eine erhöhte Ertragsbesteuerung für Kapitalerträge bis zu 75% vor. Über soviel Unkenntnis kann ich nur den Kopf schütteln.

In seinem Erkenntnis G 54/06-15 vom 7. März 2007 führt der Verfassungsgerichtshof ausdrücklich aus, dass eine Erbschafts- und Schenkungssteuer im Grunde verfassungskonform ist. Lediglich die Grundstücksbewertung auf Basis eines veralteten Einheitswertsystems wurde als unsachlich und deshalb verfassungswidrig erkannt. In der Wissenschaft läuft die Diskussion gerade umgekehrt. Prof. Georg Kofler hat in einem Gutachten für die Arbeiterkammer argumentiert: Das Fehlen einer Erbschafts- und Schenkungssteuer ist verfassungswidrig. Es kann nicht ernsthaft begründet werden, dass man bei Vermögenserwerb durch Arbeit sehr viel Steuern zahlen muss und bei Vermögenserwerb durch Nichtarbeit gar nichts.

Zumindest Bill Gates und Warren Buffet haben das verstanden. Ein Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen von 3.000,- € und mit einer Sparquote von 10% muss, wenn er auf ein Haus im Wert von 200.000,- € sparen will, über 40 Jahre sparen. Bis dahin hat er etwa 250.000,- € an Lohnsteuer gezahlt. Einem Arbeitnehmer, dem das Haus in Schoß fällt, soll gar nichts zahlen? Das AK-Modell der Erbschaftssteuer sieht einen Freibetrag von 300.000,- € bei Verwandten vor, sodass ohnehin nur überdurchschnittlich wertvolle Immobilien dieser Steuer unterworfen werden würden. Die Mittel aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer sollen dazu verwendet

werden, die Lohnsteuerbelastung zu senken und damit einen positiven Verteilungseffekt zu erzielen.

Hinsichtlich der Vermögensteuer kenne ich keine wissenschaftliche Diskussion, dass diese verfassungswidrig wäre. Die Vermögensteuer hat in Österreich bis 1993 gegolten. Es wurden bestimmte ökonomische Effekte der damaligen Vermögensteuer kritisiert, aber niemand ist auf die Idee gekommen, dass sie verfassungswidrig wäre. Eine Vermögensteuer, die konfiskatorischen Charakter annimmt, könnte verfassungswidrig sein; im SPÖ-Modell ist von Steuersätzen von 0,3% bis 0,7% die Rede und das ist schwerlich konfiskatorisch.


DAS IST FALSCH

Die Autoren meinen, dass das Eigentumsrecht in Österreich absolut geschützt ist. Das ist falsch, man kann es im öffentlichen Interesse durchbrechen. Hätten die Autoren Recht, dann könnte man gar keine Steuern einheben, denn jede Steuer stellt einen Eingriff ins Eigentum dar, so sind Steuern definiert. Wenn ein Unternehmen keinen Gewinn macht, dann müssen die lohnabhängigen Abgaben aus der betrieblichen Substanz gezahlt werden und das kann ein viel dramatischer Eingriff sein als jede Vermögensteuer. Ich erinnere mich schmerzlich an ein Verfassungsgerichtshofverfahren, das die Arbeiterkammer betrieben hat.

Damals hat Finanzminister Grassler die Zinsgarantie im Pensionskassengesetz aufgehoben, weil die Pensionskassen in Sorge waren, die Garantieleistungen nicht erfüllen zu können. Der Verfassungsgerichtshof stellte fest, dass das zwar ein Eingriff ins Eigentum der Pensionisten ist, dass aber die Funktionsfähigkeit des Finanzmarkts aber im öffentlichen Interesse liege und deshalb der Eingriff verfassungskonform sei.

Hingegen kann man gegen Ertragssteuersätze von 75% verfassungsrechtliche Bedenken haben. Würde man die bundesdeutsche Rechtsprechung nach Österreich übertragen, wäre das verfassungswidrig. Es darf nicht übersehen werden, dass Superreiche manchmal in Österreich gar keine Ertragsteuern zahlen: Sie schütten steuerfrei ausländische Schachteldividenden in eine österreichische Kapitalgesellschaft und thesaurieren die Gewinne. Ihren Lebensunterhalt bestreiten sie aus einer steuerfreien Einlagenrückgewährung. Mit Ertragsteuern kommt man diesen gar nicht bei.

Die Arbeiterkammer hatte die Ehre vor kurzem eine Veranstaltung mit Prof. Thomas Piketty aus Paris ausrichten zu können. Prof. Piketty meint, dass die enorme Konzentration von Kapital in immer weniger Händen das zentrale ökonomische Problem unserer Zeit ist. Das löst Unterkonsumtionskrisen aus; die Kapitalakkumulation hat sich in astronomische Höhen gesteigert. Dieses Kapital kann gar nicht zur Gänze in reale Investitionen gesteckt werden und befeuert die Finanzmärkte. Die Blasenbildung, die noch dazu mit billigem Zentralbankgeld genährt wird, ist jetzt schon so groß, dass alles nur mit einem großen Knall an den Finanzmärkten enden kann. Dieser Knall kann eine ganze Zivilisation vernichten. Wirksame Vermögensteuern und Erbschaftssteuern sind ein Mittel dazu diese Entwicklung wirksam zu bremsen. Die Linke sollte sich nicht bemühen diese Steuern madig zu machen, sondern sie sollte dafür kämpfen, sie einzuführen – in Österreich und weltweit.

Für die Sozialisten des 19. Jahrhunderts war das eine zentrale Forderung und sie wurde in Europa umgesetzt. Warum die Sozialdemokraten in Österreich diese Steuern abgeschafft haben, habe ich nie verstanden. Aber nun ist die Trendwende geschafft und sie gehören zum offiziellen SPÖ-Forderungskatalog. Wenn wir sie in den eigenen Reihen hinterfragen, werden wir nicht weit kommen. 

OTTO FARNY

ist Leiter der Abteilung für Steuerpolitik in der AK Wien.





GARRY WINOGRAND
WOMEN ARE BEAUTIFUL
WESTLICHT

Handel ist der Lebenssaft einer freien Gesellschaft

Bretton Woods feiert Geburtstag – es prägte die Nachkriegsordnung und das Modell des Fordismus für Jahrzehnte; heute ist die internationale Finanzarchitektur weit vom Bretton Woods-Abkommen entfernt, seine Institutionen existieren aber immer noch. Stefan Brocza beleuchtet Geschichte und Debatten hinter dem in die Jahre gekommenen Abkommen.

Über den vielen Gedenkfeiern des laufenden Jahres droht ein wichtiges Jubiläum vergessen zu werden: Am 1. Juli 1944 begann in Bretton Woods (US-Bundesstaat New Hampshire) die »Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen«. Gut 700 Delegierte aus 44 Staaten legten binnen drei Wochen das Fundament für die Wirtschafts- und Währungsordnung der Nachkriegszeit fest. Bis heute ist das Bretton Woods-System umstritten und dennoch der Inbegriff für Wohlstand – obwohl das System von vornherein zum Scheitern verurteilt war: Es litt nämlich unter einem unauflösbaren Widerspruch: Um zu wachsen, war der Welthandel auf immer mehr Dollar angewiesen.

Die im Juli vor 70 Jahren geschaffene Ordnung gibt es so zwar nicht mehr, ihre wichtigsten Organe – der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank – haben jedoch weiterhin Bestand. In der Zwischenzeit sind sie zwar meist nur noch Gegenstand des Hasses und Symbol für eine entmenslichte Globalisierung. IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation (erst 1994 gegründet) seien die »unheilige Dreifaltigkeit der Weltherrschaft«, heißt es etwa auf einer Website von Attac. Freier Waren- und Kapitalverkehr, Abbau von Handelshemmnissen und Diskriminierung – all dies steht heute unter Generalverdacht. In solch einer irrationalen Phase feiert nun Bretton Woods seinen runden Geburtstag: Damals im Sommer vor 70 Jahren war die Idee einer offenen Weltwirtschaft mit verbindlichen Regeln noch eine politische Vision. Und dass diese Vision Wirklichkeit wurde, war keineswegs selbstverständlich.

Als die Delegierten mit dem Zug in die Berge von New Hampshire fuhren, wussten sie, dass es um viel ging. Die Alliierten waren kurz davor in der Normandie gelandet, der Zu-

sammenbruch des Dritten Reiches war nur noch eine Frage der Zeit. Die Konferenz entschied wirklich über die Zukunft der Welt. Präsident Franklin D. Roosevelt machte dies in einer Grußbotschaft deutlich: »Handel ist der Lebenssaft einer freien Gesellschaft. Wir müssen dafür sorgen, dass die Arterien, die den Blutstrom transportieren, nicht wieder verstopft werden, so wie das in der Vergangenheit geschehen ist durch künstliche Barrieren, die durch sinnlose ökonomische Rivalität geschaffen wurden.«

WARUM BRETTON WOODS?

Warum fand die Konferenz eigentlich in Bretton Woods statt? Ein Teil der Antwort ist: Washington ist im Juli unerträglich schwül, ein Hotel in den Bergen liegt daher nahe. Warum aber gerade das Hotel Mount Washington in Bretton Woods, das in der Weltwirtschaftskrise hatte Konkurs anmelden müssen und 1944 noch leer stand? Benn Steil, Ökonom beim Council of Foreign Relations in New York, gibt in seiner Geschichte der Konferenz (»The Battle of Bretton Woods«) eine Antwort: New Hampshire wurde damals im US-Senat von einem einflussreichen Republikaner namens Charles Tobey vertreten. Tobey war Isolationist und strikt dagegen, dass die USA Souveränität an internationale Organisationen abtraten. Im November 1944 musste sich Tobey bei Vorwahlen einem innerparteilichen Herausforderer stellen, und Präsident Roosevelt kalkulierte, dass der Senator sich für Publicity in seinem Revier dankbar erweisen würde. Roosevelt musste es sehr bewusst gewesen sein, wie die Isolationisten im Kongress nach dem Ersten Weltkrieg den Beitritt der USA zum Völkerbund sabotiert hatten. Er wollte aus der Geschichte lernen.

DAS DUELL KEYNES GEGEN WHITE

Zwei Männer prägten die Konferenz. Rückblickend schei-

terten sie beide, trotzdem machten sie Bretton Woods zu einem spektakulären Erfolg. Auf der einen Seite John Maynard Keynes, der berühmteste Ökonom seiner Zeit. Sein Gegenspieler war weniger berühmt, dafür umso mächtiger: Harry Dexter White, Staatssekretär im US-Finanzministerium. Sowohl Keynes als auch White hatten eigene Pläne für die Nachkriegsordnung entwickelt. Übereinstimmung bestand jedoch in vier Punkten:

- Weder freie Wechselkurse wie in den 1930er Jahren (die das imminente Risiko einer wettbewerbsverzerrenden Abwertungskonkurrenz darstellten), noch das rigide Wechselkurssystem auf Goldstandardbasis der 1920er Jahre schienen akzeptabel. Wechselkurse sollten vielmehr fix aneinander gebunden sein – mit der Möglichkeit einer Anpassung.
- Da in einem solchen System der Wechselkurs nicht als Instrument makroökonomischer Anpassung genutzt werden kann, müssen deflationäre Kettenreaktionen vermieden werden. Daher sollten finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um einem Land in der Krise eine expansive Ausgabenpolitik zu ermöglichen.
- Ziel war es, internationalen Handel und nationale Wohlfahrtspolitik unter einen Hut zu bekommen. Nach einer Übergangsphase sollte zu Währungsconvertibilität übergegangen und Handelsbarrieren abgebaut werden. Der Wohlfahrtsstaat durfte nicht als Rechtfertigung einer merkantilistischen Außenhandelspolitik genutzt werden.
- Um einen Rückfall in nationalistische Politiken zu vermeiden, mussten Regeln geschaffen werden, die eine dauerhafte Zusammenarbeit erleichtern.

JOHN MAYNARD KEYNES: CLEARING UNION UND BANCOR

Keynes begann bereits 1940 mit den Arbeiten an seinem Plan für eine ökonomische Nachkriegsordnung. Dabei befasste er sich auch mit der Frage, warum es dem Deutschen Reich, anders als den westlichen Demokratien, nach 1933 gelungen war, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Eine wichtige Erklärung lag nach Ansicht Keynes' darin, dass die deutsche Wirtschaft Zugang zu Exportmärkten erhielt, obwohl die Reichsmark gar nicht mehr convertibel war. Der deutsche Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht setzte dazu im September 1934 eine als »Neuer Plan« bezeichnete Gesetzgebung in Kraft. Mit ihr sollte der Devisennot durch eine drastische Beschränkung der Einfuhren und einer Förderung bilateraler Handels- und Verrechnungsabkommen begegnet werden. Bilaterale Handelsverträge mit 25 Ländern ermöglichten so Exporte und Importe in einer Art Tausch-

system. Beispielsweise verkaufte ein deutscher Unternehmer Waren an einen ungarischen Abnehmer, dieser bezahlte in ungarischer Währung (damals: Pengő) an die ungarische Zentralbank, der deutsche Unternehmer bekam seinen Verkaufspreis in Reichsmark von der Deutschen Reichsbank. Beide Zentralbanken unterhielten ein Währungskonto, wobei der Kurs politisch festgelegt war. Kurzfristige Handelsüberschüsse und -defizite waren dabei zwar möglich, auf Dauer musste der Warenaustausch aber ausgeglichen sein. Im englischen Sprachgebrauch nennt man diese Art von Handel bis heute »Schachtianism«.

Keynes zog seine Lehren auch aus dem Erfolg Hjalmar Schachts indem er vorschlug, Handelsverträge zu demokratisieren und internationalisieren. Kern des Planes war eine Art Welt-Zentralbank, die er »Clearing Union« nannte. Alle Länder konnten Mitglied dieser Zentralbank werden. Diese verrechnete Handelssalden in einer eigenen Währung namens »Bancor«. Die Währungen untereinander brauchten nicht convertibel sein, die Umrechnungskurse in Bancor wurden international ausgehandelt. Bei Ungleichgewichten musste nicht nur das Defizitland, sondern auch das Überschussland Strafzinsen zahlen, eine gelegentliche Korrektur der Kurse war möglich. Das System kam ohne Gold aus, das Keynes übrigens für ein »barbarisches Relikt« hielt. Die Clearing Union sollte als reines Kreditinstitut wirken. Sie sollte bei den Überschussländern Kredite aufnehmen und sie ohne weitere Bedingungen und Auflagen den kreditsuchenden Ländern zur Verfügung stellen. Diese wiederum sollten erst ab einer bestimmten Verschuldungsquote zur Abwertung ihrer Währungen angehalten werden.

HARRY DEXTER WHITE: SIMPEL ABER WIRTSCHAFTLICH MÄCHTIG

Der Plan von Harry D. White war intellektuell weniger anspruchsvoll. Im Mittelpunkt stand einfach der Dollar. Alle anderen Währungen sollten mit festen Wechselkursen an den Dollar gebunden werden, Washington verpflichtete sich zum Ausgleich, d. h. Dollar jederzeit in Gold umzutauschen. Ein Fonds sollte im Falle von Zahlungsbilanzkrisen mit Beistandskrediten helfen, eine internationale Bank den Wiederaufbau Europas finanzieren. Die Mittel für den Fonds sollten aus den Fondseinlagen der Mitgliedsländer sowie zusätzlichen Anleihen bestehen. Der Kreditrahmen sollte jedoch auf fünf Milliarden Dollar beschränkt werden (ein Fünftel dessen, was die britische Delegation veranschlagte). Ähnlich wie Keynes sah auch Dexter eine internationale Kunstwährung vor (»Uni-

tas«), künftige Überschussländer (zu denen erwartungsgemäß die USA zählen würden), sollten jedoch nicht zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanzen verpflichtet werden.

Natürlich spielten die jeweiligen nationalen Interessen der beiden Kontrahenten eine wichtige Rolle: Das Vereinigte Königreich würde nach dem Krieg wirtschaftlich ausgelaugt sein. Daraus folgerte Keynes, dass auf die Handelspräferenzen innerhalb des Britischen Weltreichs nicht verzichtet werden könne, und lehnte daher sowohl die Konvertibilität des britischen Pfunds als auch den Abbau von Handelsschranken ab. White dagegen glaubte, dass die Abwertungswettläufe und der Zusammenbruch des Welthandels nach 1931 die Weltwirtschaftskrise erst zur wirklich großen Katastrophe machten. Deshalb waren für ihn feste Wechselkurse und Handel ohne Diskriminierungen von zentraler Bedeutung.

ABKOMMEN VOM 22. JULI 1944

Schlussendlich setzten sich die Ansichten von Harry D. White durch und führten ein System fester Wechselkurse auf der Basis eines direkten Goldstandards mit dem US-Dollar als einziger unbeschränkt konvertiblen Währung durch. Kernbestandteile des in Bretton Woods vereinbarten Währungssystems waren:

- Festlegung einer Parität von (damals) 35 US-Dollar pro Unze Gold (zum Vergleich der Goldpreis von Juli 2014: 1.335 US-Dollar pro Unze) und
- Verpflichtung der USA zum An- und Verkauf von Dollar zu diesem Preis,
- Festlegung der Wechselkurse (Paritäten) der übrigen Währungen gegenüber dem US-Dollar,
- Verpflichtungen der Notenbanken dieser übrigen Währungen, die Wechselkurse innerhalb einer Bandbreite von einem Prozent zu halten, um diese Paritäten zu stabilisieren,
- die Möglichkeit der Veränderung der Paritäten im Fall von fundamentalen Zahlungsbilanzproblemen einzelner Länder (Realignments) und schließlich
- die Errichtung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur internationalen Kreditgewährung bei vorübergehenden Zahlungsbilanzproblemen. Neben der Installation dieses Währungssystems wurde in Bretton Woods auch die Errichtung der Weltbank (IBRD) zum Zwecke der Entwicklungsländerfinanzierung beschlossen. Ergänzt wurde das Bretton Woods-Abkommen durch die 1948 unterzeichnete Havanna-Charta, die die multilaterale Handelsliberalisierung anstrebte und aus der das GATT hervorging.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS (IWF)

Am 27. Dezember 1945 trat das Abkommen von Bretton Woods über den Internationalen Währungsfonds in Kraft. Mitglieder können nur Staaten werden, der Fonds ist eine zwischenstaatliche Institution mit dem Status einer Spezialorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Washington D.C. Als Ziele werden u.a. definiert:

- Ausweitung und ausgewogenes Wachstum des Welthandels und dadurch Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrads und Realeinkommens sowie Beitrag zur Entwicklung des Produktionspotentials aller Mitglieder sowie
- Förderung der Stabilität der Währungen, geordnete Währungsbeziehungen sowie Vermeidung von Währungsabwertungen aus Wettbewerbsgründen.

Entscheidungen werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit gefällt, in wichtigen Fragen mit 85 Prozent Mehrheit. Dabei richtet sich die Stimmzahl eines jeden Landes nach seiner Finanzkraft. Diese wird nach einem Schlüssel ermittelt, der sich aus Volkseinkommen, Währungsreserven sowie Ex- und Importen errechnet. Die Quotenanteile zeigen, dass wichtige Entscheidungen nicht ohne Zustimmung der USA getroffen werden können und wenige reiche Industrienationen zusammen in jedem Fall über eine einfache Mehrheit an Stimmen verfügen.

Die ersten Schwierigkeiten mit dem währungspolitischen Konzept traten bereits Anfang der 1960er Jahre auf, als sich die Zahlungsbilanzdefizite der USA ausweiteten und das Vertrauen in den Dollar abnahm. Die europäischen Notenbanken tauschten ihre Dollarbestände in Gold, sodass die Golddeckung des Dollar von ursprünglich 60 Prozent auf 30 Prozent zurück ging. Die Flucht in das Gold steigerte sich weiter, sodass die USA im März 1968 nur noch den Notenbanken Gold für 35 Dollar je Unze einlösten. Das trieb den Goldpreis weiter nach oben, was einer faktischen Abwertung des Dollar gleichkam. Am 15. Juli 1971 löste der damalige US-Präsident Nixon die Gold-Dollar-Bindung. Die wichtigsten Industriestaaten gaben daraufhin ihre Wechselkurse frei und ließen die Währungen frei »floaten«. Damit brach nicht nur das auf feste Wechselkurse und dem Goldstandard basierende Bretton Woods-System zusammen.

Die Reform des internationalen Währungssystems wurde 1976 beschlossen und trat am 1. April 1978 in Kraft. Darin wurde das Scheitern der festen Wechselkurse anerkannt und

durch die Zulässigkeit des Floating im Rahmen geordneter Wechselkursabmachungen ersetzt. Eine entscheidende Änderung bedeutete auch die Aufgabe des Goldes als Hauptreserve. An die Stelle von Dollar und Gold traten Sonderziehungsrechte (SZR), die bereits 1969 als Antwort auf die Stagnation der Goldproduktion und die Dollar-Krise eingeführt wurden. Dieses Kunstgeld ist nur zwischen Notenbanken einsetzbar und soll u. a. für ausreichende Liquidität sorgen. Anfangs wurde der Wert der SZR noch in Gold festgelegt. Inzwischen wird er täglich anhand eines Währungskorbes aus Dollar, Euro, Yen und Pfund ermittelt. Neben den SZR stellt der IWF ein kompliziertes Kreditsystem zur Verfügung. Darüber hinaus existieren diverse Fazilitäten für Sonderaufgaben.

Die Programme und Auflagen, die der IWF über die Jahre entwickelt und verfeinert hat, basieren weitgehend auf dem wirtschaftspolitischen Konzept des Monetarismus. Im Zentrum stehen daher Inflationsbekämpfung durch Einschränkung der Geldmenge und drastische Kürzungen der staatlichen Ausgaben. Weitere wirtschaftspolitische Elemente sind Privatisierung staatlicher Industrien und Dienstleistungen sowie diverse Liberalisierungsmaßnahmen. Der IWF hat sich nach allgemeiner Überzeugung als eines der wirksamsten Instrumente erwiesen, des System des Gürtel-enger-Schnallens im staatlichen und sozialen Bereich und des Gürtel-Lockerns im privaten Investitionsbereich international durchgesetzt.

WELTBANKGRUPPE – WELTBANK, IDA, IFC

Das Gründungsabkommen der »Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung«, kurz Weltbank, trat am 27. Dezember 1945, am selben Tag wie das des IWF in Kraft. Ihm folgten 1956 und 1960 das Abkommen über die »Internationale Finanz-Korporation« (IFC) und das Abkommen über die »Internationale Entwicklungsassoziation« (IDA), 1966 das »Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten« (ICSID) und 1988 die »Multilaterale Investitions-garantie-Agentur« (MIGA), alles Tochterorganisationen der Weltbank. Zusammen bilden sie die so genannte Weltbankgruppe. Mitglied kann jedes Land werden, welches auch dem IWF beigetreten ist.

Zielsetzung war anfänglich, den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft zu erleichtern und insbesondere den Wiederaufbau durch Kapitalinvestitionen für produktive Zwecke zu unterstützen und private ausländische Investitionstätigkeit zu fördern. Nachdem sich in Europa Erfolge einstellten, trat die Aufgabe der Förderung der Entwicklung

von Produktionsanlagen in weniger entwickelten Ländern in den Vordergrund.

Die Organisationsstruktur ist der des IWF sehr ähnlich. Jedes Mitglied verfügt über einen Grundstock von 250 Stimmen, für jede zusätzliche Stimme muss Stammkapital in der Höhe von 100.000 US-Dollar gezeichnet werden. So haben auch hier die großen Industrienationen eine solide Sperrminorität: Die USA, Japan, Deutschland, das Vereinigte Königreich und Frankreich verfügen gemeinsam bereits über gut 33 Prozent der Stimmen.

Die Aktivitäten der Weltbank finanzieren sich aus den Mitgliedsbeiträgen, die sich wieder aus der Wirtschaftsstärke ableiten. Des Weiteren nimmt die Bank Kredite auf. Die Weltbank selbst vergibt Kredite zu Bedingungen, die über dem Niveau des IWF liegen und an die Konditionen privater Geschäftsbanken herankommen. Die Laufzeiten sind jedoch länger und die ersten drei bis fünf Jahre sind tilgungsfrei. In der Regel werden Großprojekte im produktiven Sektor, im Verkehrs- und Energiebereich, mit hohem technischen Aufwand gebaut. Erst seit Anfang der 1970er Jahre auch im Bereich Landwirtschaft, Erziehungswesen, Wasserversorgung und Stadtentwicklung. Dabei kommt es satzungsgemäß zu einer Konzentration der Projekte auf die Länder, »die über ein potentiell Wirtschaftswachstum und eigene produktive Ressourcen verfügen.« Seit Anfang der 1980er Jahre steht die Bekämpfung der Verschuldungskrise mittels Strukturanpassungskrediten im Mittelpunkt. Seit Ende der 1980er Jahre begann die Weltbank, private ausländische Investoren zu versichern.

Die unbestreitbare politische Bedeutung der Weltbank täuscht über den Umfang ihres Kreditgeschäfts hinweg. Zwar ist sie die größte multilaterale Organisation für Entwicklungskredite (rund die Hälfte aller derartigen Kredite). Aber auch diese machen nur rund fünf Prozent der Kredite von privaten Geschäftsbanken an Entwicklungsländer aus. Jedoch die Tatsache, dass Privatbanken in der Regel den Nachweis der Kreditwürdigkeit von einer Zusage der Weltbank oder des IWF abhängig machen, erklärt wohl das außerordentliche politische Gewicht dieser Institutionen.

HARRY D. WHITE WAR SOWJETISCHER SPION

Ironie am Rande: Harry D. White, der sein Konzept in Bretton Woods durchsetzte, wurde übrigens kurz nach Kriegsende als sowjetischer Spion enttarnt. Diese Tatsache spielt in der wissenschaftlichen Literatur zu Bretton Woods kaum eine


Rolle. Inzwischen sind jedoch viele sowjetische und us-amerikanische Archive geöffnet, und daraus geht klar hervor, dass White schon lange vor Kriegsbeginn spioniert hat. Er tat es offensichtlich nicht wegen des Geldes, sondern weil er die Sowjetunion bewunderte. Benn Steil zeigt in seinem in kurzer Zeit zum Standardwerk gewordenem Buch, dass White auch während der Konferenz selbst us-Positionen an die Sowjets verriet. Harry D. White glaubte, dass die USA und die UdSSR nach dem Krieg natürliche Verbündete sein würden. Den potenziellen Gegner sah er vielmehr im Vereinigten Königreich. Das erklärt einige Merkwürdigkeiten in Bretton Woods: Etwa die Tatsache, dass die Sowjetunion drittgrößtes Mitgliedsland im IWF werden sollte, obwohl Moskau nicht die geringste Absicht hatte, den Rubel jemals konvertibel zu machen. Am 13. August 1948 sagte White jedenfalls vor dem berüchtigten »Ausschuss für unamerikanische Aktivitäten« aus und erklärte, er sei kein Kommunist. Drei Tage später erlag er einem Herzinfarkt.

Harry D. White galt als natürlicher Kandidat für das Amt des IWF-Direktors. Nach dessen Enttarnung zog US-Präsident Harry Truman die Kandidatur zurück. Erster IWF-Chef wurde stattdessen der Belgier Camille Gutt, Präsident der Weltbank wurde Eugene Meyer, Verleger der Washington Post. Bei der Arbeitsteilung ist es übrigens bis heute geblieben: Europäer leiten den IWF, Amerikaner die Weltbank.

FAZIT

Das System von Bretton Woods war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es basierte nämlich auf einem unauflösbaren Widerspruch: Um zu wachsen, war der Welthandel auf immer mehr Dollar angewiesen. Die konnten aber nur in Umlauf kommen, wenn die USA ein Defizit im Außenhandel hinnahmen. Hohe Außenhandelsdefizite aber bedeuteten, dass irgendwann die amerikanischen Goldreserven erschöpft sein würden. Den Widerspruch hatte bereits der belgische Ökonom Robert Triffin erkannt, er heißt seither »Triffin-Paradox«.

Das eigentliche und wirkliche Erbe von Bretton Woods ist aber nicht der White-Plan, es ist vielmehr die Grundsatzentscheidung, eine multilaterale Ordnung zu schaffen und daran auch die Verlierer des Zweiten Weltkriegs zu beteiligen. Eine Tatsache, die man heutzutage übrigens allzu gern vergisst. Deutschland hat dieser Tatsache unendlich viel zu verdanken: Nur Dank einer unterbewerteten D-Mark erwirtschaftete Deutschland riesige Handelsüberschüsse und bildete Goldre-

serven, die heute noch im Keller der Federal Reserve Bank of New York liegen. Die Verlierer von damals sind die Exportweltmeister von heute. Und das nicht-perfekte System von Bretton Woods selbst beweist wieder einmal, dass Provisorien und unvollkommene Wirtschafts- und Währungssysteme durchaus eine lange Lebensdauer haben können. Wer hätte im Juli 1944 daran geglaubt, dass die dort vereinbarten Institutionen – trotz aller Wirren, Veränderungen, Rückschläge und Scheiterns – zwischenzeitlich ihre Pensionsalter erreicht haben? 

STEFAN BROCZA

ist Experte für Europarecht und Internationale Beziehungen und lehrt an den Universitäten Wien und Salzburg.

LITERATURHINWEISE

Norman Peach/Gerhard Stuby: Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen, aktualisierte Ausgabe, VSA, Hamburg 2013 | **Nikolaus Piper:** 70 Jahre Konferenz von Bretton Woods, Süddeutsche Zeitung vom 28.06.2014, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/jahre-konferenz-von-bretton-woods-als-ueber-die-zukunft-des-geldes-entschieden-wurde-1.2019921> | **Armin Schäfer:** Die neue Unverbindlichkeit. Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa. Schriften aus dem Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung, Band 55, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2005 | **Springer Gabler Verlag** (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Bretton-Woods-System, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/3649/bretton-woods-system-v9.html> | **Ben Steil:** The Battle of Bretton Woods: John Maynard Keynes, Harry Dexter White, and the Making of a New World Order, Council on Foreign Relations Books, Princeton University Press, 2013

GARRY WINOGRAND
WOMEN ARE BEAUTIFUL
WESTLICHT



Garry Winogrand Ohne Titel, um 1970 © Garry Winogrand, courtesy of Lola Garrido Collection


In die Vergangenheit der »Zukunft«

... führt die von seinem Sohn Georg bearbeitete Autobiographie von Hubert Friesenbichler, der ab Jänner 1977 über Vermittlung des damaligen SPÖ-Zentralsekretärs Karl Blecha zusammen mit dem sozialdemokratischen Urgestein Alfred Magaziner die redaktionelle Leitung des »Diskussionsorgans der SPÖ« übernahm. Zuvor war Friesenbichler beim »Wiener Tagebuch«, dem Intellektuellen-Organ der KPÖ unter dem Chefredakteur Franz Marek, einem prononcierten Euro-Kommunisten, tätig gewesen.

Wer aufgrund dieser Ausgangsposition spektakuläre Enthüllungen über innerparteiliche Kontroversen erwartet, wird jedoch enttäuscht. Trotz einer Fülle von konfliktträchtigen Themen wie Club 45, Schnellstraße Flötzersteig, Zwentendorf, Hainburg NATO-Nachrüstungsbeschluss usw. bezeugt Friesenbichler für das Jahrzehnt bis zu seinem Abschied in die Pension 1986 in seinen nun gedruckt vorliegenden Erinnerungen nur, dass das Konzept einer »Diskussionszeitschrift« nur einmal offen in Frage gestellt wurde – als nämlich der für Organisationsfragen zuständige Zentralsekretär Fritz Marsch in einem Interview nachdrücklich auf die Grenzen der Diskussionsfreiheit in der SPÖ hinwies.

Friesenbichler veröffentlichte auch diese Meinungsäußerung. Gleichzeitig reagierte er mit den ihm eigenen leisen Tönen, dafür aber umso nachdrücklicher auf den Affront. Das Prinzip, jederzeit der Parteilinie und /oder der Redaktionsmeinung widersprechende Beiträge zu veröffentlichen, blieb auf diese Weise erhalten. Inwieweit es sich bei vielen SPÖ-Funktionären, deren Sprachrohr Marsch war, allerdings um repressive Toleranz handelte, die die »Zukunft« nur notgedrungen als Spielwiese für linke Spinner, Träumer und Phantasten akzeptierten, sei dahingestellt.

Echte Neuigkeiten liefert Friesenbichler dort, wo er den Rahmen der Autobiographie sprengt und als Zeitzeuge kenntnisreiche Betrachtungen zu linken Medienlandschaft nach 1945 anstellt. In diesem Zusammenhang formuliert er

umfangreiche Forschungs-Desiderata, insbesondere, was das Publikationsspektrum der Parteien anbelangt. Es ist nur zu hoffen, dass seine Anregungen bei der universitären Zeitungswissenschaft auf die verdiente Resonanz stößt. 

FRITZ KELLER

ist als Historiker in Wien tätig.



Georg und Hubert Friesenbichler:
DIE DREI LEBEN DES HUBERT F.

Vom jungen Nazi-Gegner
zum linken Journalisten

Mandelbaum-Verlag, Wien 2014

163 Seiten, € 19.90

GARRY WINOGRAND
WOMEN ARE BEAUTIFUL
WESTLICHT



Garry Winogrand Jubiläumsball, Metropolitan Museum of Art New York, 1969 © Garry Winogrand, courtesy of Lola Garrido Collection

Moderne, Überwachung & der Kreml



Peter Sloterdijk
DIE SCHRECKLICHEN KINDER DER NEUZEIT

Hat einer der Autoren, die sich in den letzten Jahrzehnten zu Globalisierung, Mundialisierung, Modernisierung, Hybridisierung, Dekolonisierung, Kreolisierung äußerten, darauf geachtet, dass der bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ton-

angebende Kontinent der Moderne, das westliche Europa der nach-kolumbianischen Jahrhunderte, den Globus nicht nur in Aufruhr versetzte mit seinen paradigmatischen Exportgütern?
SUHRKAMP, 489 Seiten, 27,70 Euro



Glenn Greenwald
DIE GLOBALE ÜBERWACHUNG

2013 veröffentlichte Glenn Greenwald die ersten NSA-Dokumente aus dem Archiv des Whistleblowers Edward Snowden. Seitdem werden immer bedrohlichere Details des globalen Spionagesystems der amerikanischen Geheimdienste aufgedeckt. Greenwald bringt anhand einer

Fülle von exklusiven, nie zuvor publizierten Geheimdokumenten das ganze Ausmaß der Massenüberwachung ans Licht.
DROEMER, 368 Seiten, 19,90 Euro



Hilal Sezgin
ARTGERECHT IST NUR DIE FREIHEIT

Tierquälerei ist schwer erträglich. Trotzdem lassen wir es stillschweigend zu, dass unzählige Tiere in Versuchslaboren gequält und in Mastställen und Schlachthöfen angeblich »artgerecht« misshandelt werden, weil wir uns ein Leben ohne

»tierische Produkte« nicht vorstellen können. Wem dieser Widerspruch keine Ruhe lässt, der sollte Hilal Sezgins Buch lesen.

C. H. BECK, 304 Seiten, 16,95 Euro



Tom Strohschneider
LINKE MEHRHEIT?

Eine linke Mehrheit entsteht im Spannungsverhältnis zwischen Parteien und sozialen Milieus, zwischen parlamentarischer Logik und gesellschaftlicher Selbstbewegung. Nicht die Stimmenzahl von drei Parteien in Deutschland allein ist

es, die schon ausreichend politischen Kitt bildet. Kann es eine linke Mehrheit in der Bundesrepublik geben? Natürlich, aber das Kriterium auch dieser Wahrheit kann nur eine Praxis sein.
VSA:VERLAG, 96 Seiten, 9,80 Euro



Tobias Wunschik
KNASTWARE FÜR DEN KLASSENFEIND

Viele westliche Firmen ließen in der DDR produzieren. 250 ostdeutsche Betriebe beschäftigten neben »freien« Arbeitern aber auch Häftlinge, darunter politische Gefangene. Diese verdienten daran kaum – den Profit machten die Westkonzerne sowie SED-Firmen als Zwischenhändler.

Tobias Wunschik beschreibt das Geschäft mit der Ware aus den DDR-Haftanstalten als Teil des innerdeutschen Handels.
VANDENHOECK & RUPRECHT, 363 Seiten, 29,99 Euro



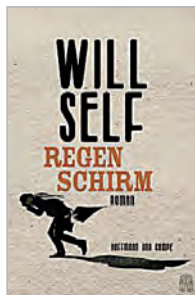
Catherine Merridale
DER KREML

Im Kreml schlägt das Herz der russischen Macht, hier entscheidet sich Russlands Schicksal. Die Historikerin Catherine Merridale erzählt die faszinierende Geschichte des Kreml mit allen seinen Intrigen und blutigen Kämpfen um die

Macht. Indem sie das verborgene Innere des russischen Staates freilegt, ermöglicht sie ein neues Verständnis der bewegten Geschichte Russlands.

S. FISCHER, 624 Seiten, 27,80 Euro

Terror, Drohnen & Wien Mitte



Will Self
REGENSCHIRM

Audreys Erinnerungen an eine untergegangene Welt, ihre Familie, die sie vergaß, ihre Liebhaber und ihr Engagement für die Sozialisten, verwebt Will Self mit psychiatrischen Versuchen, Licht in ihre verschattete Welt zu bringen, und mit den Erinnerungen, die ihr Psychiater hat an jene Zeit und seine Patientin, die er in ein Leben zurückgeholt hat, das nicht mehr ihres werden konnte.

HOFFMANN UND CAMPE, 496 Seiten, 19,99 Euro



Guillermo Saccomanno
DER ANGESTELLTE

Guillermo Saccomanno ist einer der renommiertesten Autoren Argentiniens. Sein Roman stellt Fragen wie: Was bedeutet Glück an einem Ort, an dem Menschen tagtäglich bestohlen, bedroht, erschossen oder in die Luft gejagt werden? An einem Ort, wo es Werte wie Sicherheit und Geborgenheit nicht gibt? An einem Ort, wo selbst der Mikrokosmos der Familie von Hass durchdrungen ist?

KIEPENHEUER & WITSCH, 192 Seiten, 19,60 Euro



Tom Hillebrand
DROHNENLAND

Wozu Zeugen vernehmen, wenn all ihre Bewegungen und Gespräche bereits auf einer Festplatte archiviert sind? Warum Tatorte begehen, wenn fliegende Polizeidrohnen bereits alles abfotografiert haben? Als ein Brüsseler Parlamentarier ermordet aufgefunden wird, glaubt Kommissar Aart van der Westerhuizen zunächst, den Fall rasch lösen zu können, gerät aber in eine Verschwörung, die Europa zu erschüttern droht.

KIEPENHEUER & WITSCH, 432 Seiten, 10,30 Euro



Javier Cercas
OUTLAWS

Sie kiffen, klauen, hängen ab. Der Angst einjagende Anführer Zarco, die verführerische Tere, und all die anderen, die kein Zuhause haben. Als Ignacio dazu stößt, werden aus Ganoven bewaffnete Gangster. Ignacio weiß: Wenn er leben will, muss er aussteigen. Jahre später treffen sie sich vor Gericht: Zarco als Angeklagter und Ignacio als Strafverteidiger. Javier Cercas erzählt von einer verlorenen Jugend in Spanien.

S. FISCHER, 506 Seiten, 25,70 Euro



Ludwig Winder
DER THRONFOLGER

Franz Ferdinand d'Este sehnt den Tod des Monarchen Franz Joseph herbei und entwirft widersprüchliche Staatspläne. In diesem biographischen Roman, der nach Erscheinen 1937 sofort verboten wurde, zeigt Ludwig Winder einen armseligen Thronfolgers am völlig selbstbezogenen, erstarrten habsburgischen Hof – eine Wiederentdeckung hundert Jahre nach dem Attentat von Sarajevo.

ZSOLNAY, 576 Seiten, 26,80 Euro



Ernst Molden
WIEN MITTE

Der Autor, Sänger und Songwriter Ernst Molden ist als poetischer Chronist immer dabei, wenn Ereignisse des Wiener Lebens zu würdigen sind. Dazu gehört die neue »Mall« in »Wien Mitte« ebenso wie der Bärlauch in den Praterauen, die deutschen Studenten am Karmelitermarkt, die Lieder von »Nino aus Wien« oder die Hellseherin im obersten Stockwerk.

DEUTICKE, 320 Seiten, 20,50 Euro

Pikettys Auftrag an die Sozialdemokratie

Thomas Pikettys grandioses 700-Seiten-Werk *Capital in the 21st Century* bricht in Bezug auf Verkaufszahlen wie BesucherInnenzahlen bei den Präsentationen alle Rekorde. Piketty hat sich im akademischen Zentrum der Wirtschaftswissenschaften mit einflussreichen Artikeln in den führenden Zeitschriften höchste Anerkennung erworben. In der breiten Öffentlichkeit besteht völlig zu Recht ein tiefes Unbehagen mit der Wirtschaftswissenschaft, deren Standardtheorie weder die Ursachen der Finanzkrise erklären, noch brauchbare Instrumente zu ihrer Lösung bereitstellen konnte. Piketty überwindet dieses Unbehagen indem er umfangreiches Datenmaterial über Umfang und Verteilung des Vermögens vorlegt, sich mit Problemen der realen Welt beschäftigt und der Wirtschaftspolitik diskussionswürdige Ratschläge gibt.


Er verlangt Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften, die er in der besten Tradition einer politischen Ökonomie als Teil der Sozialwissenschaften ansieht. Dies ist die Voraussetzung für ihren sinnvollen Beitrag zu den Herausforderungen unserer Gesellschaft. Piketty sieht diese vor allem in der Gefährdung von Gerechtigkeit und Freiheit. Die Vermögenskonzentration droht uns wieder in eine Gesellschaft einzementierter sozialer Strukturen des 19. Jahrhunderts zurückzuwerfen, in der nicht das Versprechen von Entlohnung nach der Leistung prägend war, sondern Vererbung des Reichtums die soziale Stellung bestimmte.

Das Unbehagen über die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen in unseren reichen Gesellschaften nimmt enorm zu. Es wird durch die Finanzkrise verstärkt, die auf der einen Seite zu Massenarbeitslosigkeit und Kürzungen im Wohlfahrtsstaat führt, während auf der anderen Seite die Minorität der Superrentiers und Supermanager profitiert.

Piketty betont Transparenz über die Verteilung von Vermögen und Einkommen als wichtige Voraussetzung. Vor

allem beim Vermögen arbeiten die Reichen und ihre InteressenvertreterInnen vehement an der Verschleierung: Sie versuchen den automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden zu hintertreiben, das Bankgeheimnis ohne Wenn und Aber zu verteidigen, an der unzeitgemäßen Bewertung von Immobilien festzuhalten und das besondere Augenmerk auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der ganz Reichen etwa im Household Finance and Consumption Survey der Europäischen Zentralbank zu verhindern. Dem muss vehement entgegengetreten werden. Nur Transparenz schafft die Voraussetzung für eine Diskussion auf Faktenbasis. Nur Aufklärung über die Verteilung der Reichtümer schafft Bewusstsein für die Notwendigkeit der Veränderung.

Die Besteuerung von Vermögensbeständen und Erbschaften wäre ein Beitrag für mehr Transparenz, weil sie die Datenlage zu Höhe und Verteilung von Vermögen entscheidend verbessern würde. Eine globale und progressive Vermögenssteuer, die Piketty als nützliche Utopie bezeichnet, würde weit über die bescheidenen Vorschläge hinausgehen, die derzeit in Österreich diskutiert werden. Sie wäre ein wichtiges Instrument zur Regulierung des außer Kontrolle geratenen Finanzkapitalismus.

Die österreichische Sozialdemokratie müsste auf Basis des beispielgebenden Erfolgs von Pikettys Werk endlich eine gesellschaftspolitische Debatte über den enormen Reichtum in unserer Gesellschaft, seine Verteilung und Rechtfertigung anstoßen, statt beim ersten Widerstand gegen die Abschaffung des Bankgeheimnisses gegenüber den Steuerbehörden oder gegen die Besteuerung von Erbschaften auch im Familienkreis umzufallen. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der AK Wien und bloggt unter <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>

